

# RUNDBRIEF

der LAG  
Mädchen-  
politik  
Baden-  
Württemberg



**Schwerpunktthema:**

**ERFAHRUNGEN  
KOMMUNALPOLITISCHER  
EINMISCHUNG**

II/97

## Impressum

---

### Herausgeberin:

LAG Mädchenpolitik  
Baden-Württemberg e.V.  
Lerchenstr. 54  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711/ 22 62 566  
Fax. 0711/ 22 62 567

### Redaktion:

Claudia Daigler

### Satz und Layout:

Claudia Daigler

### Mitarbeit an dieser Ausgabe:

Margarete Bareis, Angela Blonski, Natali Hartig, Gabi Kircher, Christiana Klose, Beate Maas, Renate Metzger, Gabie Rabus, Ingrid Scholz, Gertrudis Schülle, Beate Weißmann, Anja Wilser

### Copyright:

LAG Mädchenpolitik  
Baden-Württemberg e.V.

## INHALT

---

Liebe Kolleginnen.....

### Erfahrungen mit kommunalpolitischer Einmischung von Pädagoginnen

Christiana Klose/ Beate Weißmann  
Der Perspektivenwechsel ist geschafft  
Entstehungsprozeß der Frankfurter Leitlinien  
und erste Erfahrungen ihrer Umsetzung.....4

Gabi Kircher / Anja Wilser  
Die AG Mädchenpolitik in Stuttgart  
Mädchenpolitische Einflußmöglichkeiten als AG  
nach §78 KJHG..... 14

Beate Maas  
Arbeitskreis Parteiliche Mädchenarbeit  
Mannheim.....20

Angela Blonski / Natali Hartig  
Mädchen und Jungen. Kleiner Unterschied - große Wirkung?  
Bericht von der Tagung zur Geschlechterdifferenzierung in der Jugendhilfe am 28.2.97 in Pforzheim.....26

Margarete Bareis/ Gabie Rabus/ Gertrudis Schülle  
Mädchenwelten! Märchenwelten. Eine Fachtagung für Frauen im Lk Ravensburg.....29

### Mädchen in den Jugendgemeinderäten

Renate Metzger  
Jugend und Politik: Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Eine empirische Untersuchung.....33

### Die LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg im Überblick

Berichte aus der fachpolitischen Gremienarbeit der LAG Mädchenpolitik....42

Hinweis: Regionale Unterstützung.....46

Stand der Mitglieder.....49

Materialien/Literatur.....51

## Liebe Kolleginnen,

wir freuen uns, daß so viele dem Aufruf gefolgt sind, sich an der zweiten Ausgabe des LAG-Rundbriefes mit dem Themenschwerpunkt "**Erfahrungen mit kommunalpolitischer Einmischung**" zu beteiligen. An dieser Stelle deshalb auch sogleich Dank von der Redaktion für die Bereitschaft, die Erfahrungen zu veröffentlichen, für die investierte Zeit des Niederschreibens und, nicht zuletzt, für die zuverlässige Einhaltung der vereinbarten Einsendetermine!

Bei der Wahl des Schwerpunktthemas war unser Ansinnen nicht, "Musterbeispiele" darzubieten. Vielmehr wollen wir Erfahrungswerte und Ideen weitergeben, die für andere anregend und hilfreich sein können. Uns geht es darum, nach-zudenken, d.h. zu fragen, welche "Reichweite" das bislang Erprobte hatte, wo Stärken und wo Schwächen, wo Übertragungsmöglichkeiten liegen - um diese Erkenntnisse für weitere Strategieentwicklungen zu nutzen.

Es geht uns also auch- um ein geflügeltes Wort aus dem derzeitig gängigen Fachchargon zu benutzen - um Evaluation.

Mit den Jahren - das wird deutlich - wachsen Erfahrungen von Mädchenarbeiterinnen, werden Erfahrungswerte, Strategien breiter - "erobern" wir neue Ebenen der Jugendhilfepolitik.

Mädchenarbeitskreise, d.h. Vernetzungszusammenhänge von Fachfrauen, sind meist Ausgangspunkt und Rückversicherungsort in bezug auf kommunale Einmischung in die Jugendhilfestruckturen und Jugendhilfepolitik.

Ob es nun die Erarbeitung und Durchsetzung von Leitlinien bzw. fachlichen Standards sind, die Versuche eine Mitarbeit in der Jugendhilfeplanung als Arbeitsgemeinschaft nach §78 KJHG durchzusetzen, bei kommunalen Fachforen bzw. Tagungen zu geschlechterdifferenzierter Jugendhilfe mitzuwirken oder vor Ort oder regional Pädagoginentagungen zu organisieren und damit ein Stück Jugendhilfeplanung im Sinne von "Mädchenarbeit als Querschnittsaufgabe" zu leisten, - das alles sind Formen kommunalpolitischer Verständigung, Mitgestaltung und Einmischung.

Bei der Entwicklung und Durchsetzung kommunaler Leitlinien für Mädchenarbeit sind Fachfrauen sowie die Verwaltungen aus Frankfurt und Stuttgart Vorreiterinnen gewesen. Viele Kolleginnen haben die Frankfurter und Stuttgarter Leitlinien für sich als Anhaltspunkte für die eigene Einmischungspolitik vor Ort genommen und als Aufzeigen, daß andere Städte durchaus schon solchen Regelungsbedarf geleistet haben. Papier ist jedoch geduldig. Daß **Beate Weißmann** und **Christiana Klose** sowie **Gabi Kircher** und **Anja Wilser** im Rahmen des LAG - Rundbriefes Umsetzungsprozesse und Reichweite des Instruments "Leitlinien" reflektieren, und damit eine Zwischenbilanz ziehen - ist besonders spannend.

Daran nahtlos an schließt **Beate Maas** mit ihrem Beitrag über die "mädchenpolitische Entwicklung" ("von der Mädchenarbeit zur Mädchenpolitik") des AK Mädchenarbeit in Mannheim, der seinen Weg kommunalpolitischer Einmischung immer weiter geht.

In Pforzheim war der dortige Mädchenarbeitskreis (PRIMA) maßgeblich daran beteiligt, daß die örtliche Jugendhilfeplanung in Zusammenarbeit mit dem

Enzkreis Anfang des Jahres eine Fachtagung durchführte, in der über Ansätze einer geschlechterdifferenzierten Jugendhilfe und deren Umsetzung diskutiert wurde. Christa Stengelin, LAG-Sprecherin, hielt einen der beiden Hauptvorträge. **Angela Blonski und Natali Hartig** ziehen ein Fazit.

Um Verständigungs- und Entwicklungsprozesse der örtlichen Mädchenarbeit und dem Wunsch nach Verbreiterung der fachpolitischen Debatte ging es den Fachfrauen aus Ravensburg bei der Organisation und Durchführung ihrer regionalen Frauen-Fachtagung. **Margarete Bareis, Gabie Rabus und Gertudis Schülle** ziehen eine erste Bilanz.

Mit dem Artikel von **Renate Metzger** vollziehen wir einen Wechsel von der sogenannten "Stellvertreterinnenpolitik" der Pädagoginnen hin zur Politik der Mädchen. Gerade Baden-Württemberg bzw. die Kommunen in Baden-Württemberg zeichnen sich durch eine Propagierung von Jugendgemeinderäten als Partizipationsform für Jugendliche aus. Es existieren mittlerweile in BW knapp 50 Jugendgemeinderäte. Die Quintessenzen ihrer Diplomarbeit an der FH Esslingen zum Thema "Mädchen in Jugendgemeinderäten", angelegt als empirische Untersuchung, hat Renate

Metzger freundlicherweise für uns zusammengefaßt.

Dem Schwerpunktthema folgt ein kürzer gehaltener Überblick über die Arbeit der LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg. Anja Wilser, Gabi Kircher und Ingrid Scholz führen dabei vor allem das Arbeiten auf den "klassischen Politik-ebenen", der Mitarbeit in landesweiten Gremien, aus.

Die Mitgliederversammlung am 23.10.97 in Bad Urach ist der Ort, an dem ausführlicher über die Arbeit und Weiterentwicklung der LAG im Rahmen eines Geschäftsberichts berichtet wird. Dort steht auch die (Neu-)Wahl der sieben Sprecherinnen an, für die wir nun eine Amtszeit von zwei Jahren vorschlagen.

Die regionale Unterstützung von Pädagoginnen wird nach wie vor ein inhaltlicher Schwerpunkt der LAG-Arbeit sein. Soweit es unsere Kapazitäten ermöglichen, kommen wir zur Entwicklung und Durchführung von Aktivitäten, Tagungen u.ä. vor Ort (siehe bspw. die Tagung in Offenburg, S. 46/47).

Angaben zu Materialien/Literatur sind in dieser Ausgabe auf das Thema "Mädchen auf der Straße" begrenzt. Fortbild-

ungsausschreibungen legen wir, soweit vorhanden, als Einlage dem Rundbrief bei.

Noch etwas in eigener Sache: Was wir allen Mitgliedern, Interessierten etc. nicht ersparen können, ist:

### **Ein Umzug der Geschäftsstelle am Ende des Jahres.**

Wir bedauern dies selbst sehr, da es gedauert hat, bis wir unter der "neuen" Anschrift in der Lerchenstraße bekannt waren. Der Zeitraum der Mitnutzung eines Raumes im Mädchengesundheitsladen ist nun-abgelaufen. Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die Bereitstellung dieser Übergangslösung und dem guten, kollegialen Arbeitsklima. Sobald wir eine Lösung gefunden haben, werden wir die neue Adresse breit streuen.

Claudia Daigler



**ERFAHRUNGEN  
KOMMUNALPOLI-  
TISCHER EINMISCHUNG  
VON PÄDAGOGINNEN**

---

Christiana Klose  
Beate Weißmann

## **DER PERSPEKTIVEN- WECHSEL IST GE- SCHAFFT**

### **Entstehungsprozeß der „Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchen- arbeit in der Kinder- und Ju- gendhilfe“ und erste Erfahr- ungen ihrer Umsetzung**

Frankfurt ist die erste Kommune in der Bundesrepublik, welche die Förderung von Mädchen und jungen Frauen bzw. der Arbeit mit dieser Zielgruppe in Form verbindlicher Leitlinien sicherstellen will. Andere Städte, z.B. Bremen und Stuttgart sind inzwischen gefolgt und haben ähnliche Förderrichtlinien verabschiedet.

Wir wollen mit diesem Beitrag nachzeichnen, auf welche Infrastruktur von Mädchenarbeit und Mädchenpolitik die Frankfurter Leitlinien aufbauen, ihre Essentials benennen und abschließend eine erste Bilanz aus dem Umsetzungsprozeß ziehen.

Wir wissen, daß Erfahrungen nicht umstandslos übertragbar sind. Wir meinen aber, daß die in Frankfurt gewonnenen Erfahrungen bei der Formulierung mädchenpolitischer Standards, bei der Verabschiedung in den zuständigen Gremien und in der ersten Umsetzungsphase modellhaft für andere Kommunen sein bzw. wichtige Impulse für die jeweilige Mädchenpolitik geben können, damit die Arbeit mit und für Mädchen endlich vom „Sonderangebot“ zum „Regelfall“ einer geschlechterdifferenzierenden Jugendpolitik und Jugendhilfe wird.

### **Zusammen sind wir erfolgreich - Mädchenarbeit und Mädchenpolitik in Frankfurt am Main -**

#### Die Infrastruktur der Mädchenarbeit in Frankfurt am Main

Seit Gründung des ersten Mädchentreffs 1978 und (zeitlich parallel) der ersten Mädchengruppen in den koedukativen Jugendzentren hat sich in Frankfurt eine beachtliche Infrastruktur mädchengerechter Jugendhilfeangebote entwickelt.

Als im Juni 1995 die „Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“ in Kraft traten, gab es acht eigenständige Mädcheneinrichtungen, allein vier davon in der Trägerinnenschaft autonomer Frauenvereine.

Auch in der koedukativen Jugendarbeit hat sich eine breite Palette mädchengerechter Angebote etablieren können. Bei einer 1992 im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main durchgeführten Bestandsaufnahme zur Mädchenarbeit in koedukativen Einrichtungen gaben 75% der Kinderhäuser und 82% der Jugendhäuser an, daß Mädchenarbeit Teil der pädagogischen Konzeption sei. „In der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit gehören mädchenspezifische Angebote in

Form von Mädchengruppen, Mädchentagen; Mädchenfreizeiten, Mädchenraum oder Kursangebote ausschließlich für Mädchen inzwischen zum pädagogischen Alltag, wenn auch nicht in allen Einrichtungen alle der eben genannten Mädchenspezifischen Angebote realisiert sind“.<sup>1</sup>

Allerdings beklagten die Fachfrauen aus der Mädchenarbeit, dies sei bereits hier schon angemerkt, daß trotz praktischer und konzeptioneller Verankerung der Mädchenarbeit, sie oft nur „nebenher“ laufe und ihr in der Konkurrenz zu anderen Arbeitsgebieten oftmals ein eher untergeordneter Stellenwert zugemessen werde.<sup>2</sup>

Die Mädchenarbeit in Frankfurt am Main ist in vielen Bereichen der Jugendhilfe präsent: Offene Kinder- und Jugendarbeit, Beratungs- und Therapieangebote, Interkulturelle Arbeit, Jugendberufshilfe, körper- und bewegungsorientierte Angebote, Jugendbildungs- und Jugendkulturarbeit, Wohnmöglichkeiten für Mädchen, sowie im Bereich Gewalt gegen Mädchen und jungen Frauen.

---

<sup>1</sup>Margot Kaiser, Christiana Klose: Mädchen in Frankfurter Kinder- und Jugendeinrichtungen; Bd. 1, S.53; der Bericht ist beim Jugendamt der Stadt Frankfurt erhältlich

<sup>2</sup>ebda, S.53

Zur Infrastruktur gehört als zentrales Moment die Vernetzung der Mädchenarbeiterinnen untereinander. Schon früh schlossen sich die Fachfrauen in Arbeitsgemeinschaften und Mädchenarbeitskreisen zusammen. Zunächst um überhaupt den fachlichen Austausch zu organisieren und weiterzuentwickeln, da Ausbildung und Fortbildung damals noch kaum Mädchenspezifische Aus- und Weiterbildung kannte. Ferner schlossen sich die Pädagoginnen zusammen, um der Isolation in den Teams, den Verbänden oder bei den Trägern entgegenzuwirken, denn dort waren sie oft nicht nur die einzigen Frauen, sondern auch die einzigen, die Mädchenarbeit inhaltlich vertraten.

Entsprechend der Vielfalt mädcheneigener Angebote bauten sie in Frankfurt bereichsgemäße Mädchenarbeitskreise (MAK's) auf: Den MAK der eigenständigen Mädcheneinrichtungen, MAK der koedukativen Jugendeinrichtungen, MAK der Freien Kinder- und Jugendinitiativen sowie verschiedene Stadtteil - MAK's. „Vernetzt“ sind diese verschiedenen Arbeitskreise hinwiederum in der Arbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik.

Die Arbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik setzt sich zusammen aus Vertreterinnen der eben aufgeführten Mädchenarbeitskreise, aus denjenigen Frauen, die im

Jugendhilfeausschuß und dessen Fachausschüssen die Position der „Fachfrau aus der Mädchenarbeit“ besetzen, der Referentin für Mädchenpolitik des Frauenreferates der Stadt Frankfurt am Main und der Koordinatorin für die Arbeit mit Mädchen im Jugendamt der Stadt.

Die AG Mädchenpolitik mischt sich seit ihrer Gründung offensiv in die Jugendhilfe ein. Sie nimmt Stellung zu aktuellen Ereignissen, koordiniert die Aktivitäten der Vertreterinnen der Mädchenarbeit im Jugendhilfeausschuß sowie dessen Fachausschüssen und führt (un-)regelmäßig Gespräche über Stand und Perspektiven der Mädchenarbeit mit den SozialdezernentInnen sowie den Frauendezernentinnen. Und sie war maßgeblich beteiligt bei der Erarbeitung und Durchsetzung der „Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“.

#### Verankerung von Mädchenarbeit und Mädchenpolitik in der Stadtverwaltung

Eine zweite Stärke der mädchenpolitischen Infrastruktur Frankfurts ist, daß den „Basisaktivitäten“ der Mädchenarbeiterinnen in der Praxis mit Mädchen und bei den Trägern ein Pendant in der Stadtverwaltung gegenüber und zur

Seite steht: im Jugendamt eine (halbe) Stelle einer Koordinatorin für die Arbeit mit Mädchen, im Frauenreferat die Stelle einer Referentin für Mädchenpolitik und Abbau von Gewalt gegen Mädchen und Frauen.

Zeitlich gesehen jünger ist die Stelle der Koordinatorin für die Arbeit mit Mädchen im Jugendamt. Hier gelang es, eine bestehende Stelle in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung für die Mädchenarbeit umzuwidmen und mit einer Fachfrau aus der Mädchenarbeit zu besetzen. Sowohl der Mädchenarbeitskreis der koedukativen Jugendeinrichtungen, in dem die städtischen Mitarbeiterinnen mitarbeiten, als auch die AG Mädchenpolitik forderten die Einrichtung einer solchen Stelle.

Das Frauenreferat besetzte bereits 1991, kurz nachdem es selbst als Teil des Dezernates Frauen und Gesundheit (heute: Dezernat für Recht, Sport, Frauen und Wohnungswesen) seine Arbeit aufgenommen hatte, die Stelle einer Referentin für Mädchenpolitik, mit Querschnittsaufgaben für alle Bereiche, in denen mit Mädchen und für Mädchen gearbeitet wird. Das Frankfurter Frauenreferat ist somit eines der wenigen Frauenbüros innerhalb der Zusammenhänge von Frauenbeauftragten und

Gleichstellungsstellen, die Mädchenpolitik als integralen Bestandteil der Frauenpolitik für sich definiert.

Mädchenarbeiterinnen kritisieren schon seit längerem, daß die autonome Frauenbewegung und institutionelle Frauenpolitik Mädchenarbeit bestenfalls als „kleine Schwester der Frauenbewegung“ betrachten, die sich im Bereich Sozialarbeit/Sozialpolitik tummeln darf. In Frankfurt am Main dagegen wird die Relevanz von Mädchenarbeit und Mädchenpolitik für Frauenpolitik gewürdigt, sie ist - um im Bild zu bleiben - gleichberechtigte Schwester und Mitstreiterin für die Belange von Mädchen und Frauen. Die Referentin für Mädchenpolitik im städtischen Frauenreferat, eine der Autorinnen dieses Beitrags, war dann auch federführend mit der Aufgabe betraut, die Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit zu erarbeiten.

## **Perspektivenwechsel vom Sonderangebot zum Regelfall**

**- „Die Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“ -**

Mädchenarbeit muß strukturell verankert werden.

Eine bislang durchgängige Erfahrung in der Mädchenarbeit ist: sie wird als „Sonderangebot“ gehandelt.

Obgleich Mädchenarbeit seit vielen Jahren und in vielen Arbeitsfeldern praktiziert wird, ist sie noch immer abhängig vom - in der Regel zusätzlichen - Engagement einzelner Pädagoginnen, die neben bzw. ergänzend zu den „eigentlichen Aufgaben“, gewissermaßen als ihr „Hobby“, Mädchenarbeit machen. Die Arbeit mit Mädchen, sei es die Mädchengruppe, der Mädchentag oder die Konzeption eines Bildungs- und Freizeitangebots für Mädchen in koedukativen Einrichtungen, wurde häufig und wird zum Teil noch immer aufgebaut und getragen von Honorarkräften, Jahrespraktikantinnen oder befristet beschäftigten Fachkräften.

Mädchenarbeit hat unter solchen Bedingungen einen Status von Zusätzlichkeit zur „eigentlichen Arbeit“ oder positiv



formuliert, sie ist ein „besonderes Angebot“.

Die Grenzen des Besonderen werden deutlich, wenn es um die finanzielle Absicherung von Mädchenarbeit geht. Hier haben vor allem Projekte wie Mädchentreffs, Mädchenhäuser und andere mädcheneigene Einrichtungen einschlägige Erfahrungen, die auf einen Nenner gebracht heißen: Mädchenarbeit ist „unabgesichert etabliert“. (Vortrags-titel von C. Klose und L. Schiermeister-Dill, Frankfurt 1994). Etabliert, weil die Arbeit dieser Projekte seit langen Jahren und fachlich unangefochten besteht, unabgesichert, weil diese Projekte nicht nur, aber besonders in Zeiten der „Mittelknappheit“ immer wieder auch Existenzsicherungsarbeit ist.

„Langfristig muß die Kinder- und Jugendarbeit so weit verändert werden, daß die Interessen der Mädchen in der Regel und nicht als Besonderheit angemessen berücksichtigt werden“, so die AutorInnen des sechsten Jugendberichts der Bundesregierung 1984.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> 6. Jugendbericht der Bundesregierung; Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagsdrucksache 10/1007, 1984, S.47

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist Stand der Fachdebatte, daß Mädchenarbeit nicht länger eine von Mädchenarbeiterinnen erstrittene Ausnahme bleiben, sondern zum selbstverständlichen Bestandteil von Jugendhilfe werden muß.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter stellt schon 1989 fest, daß „die Mädchenarbeit (sowohl innerhalb wie außerhalb koedukativer Einrichtungen) durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen dauerhaft zu fördern und zu unterstützen“ sei.<sup>4</sup>

Mit anderen Worten: Mädchenarbeit muß in der Jugendhilfe strukturell verankert werden.

#### Essentials der „Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit“

Die „Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“ sind ein Beispiel für die praktische Umsetzung dieser Forderung auf der kommunalen Ebene. Mit diesen

---

<sup>4</sup> Landesverband Rheinland (Hrsg.), Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter, Empfehlungen zur Förderung der Mädchenarbeit, 1989

Leitlinien hat - erstmals in der Bundesrepublik - die Stadt Frankfurt am Main die so grundsätzliche wie allgemeine Forderung nach struktureller Verankerung der Mädchenarbeit aufgegriffen. Die Leitlinien enthalten Vorgaben und definieren verbindliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen zur inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Absicherung und Förderung von Mädchenarbeit.

Das heißt beispielsweise:

- über entsprechende Stellenbeschreibungen für die Pädagoginnen wird Mädchenarbeit künftig arbeitsvertraglich abgesichert,
- mindestens ein Drittel der Honorar- und Sachmittel in koedukativen Einrichtungen werden für die Arbeit mit Mädchen eingesetzt,
- die Mitarbeit in Mädchenarbeitskreisen ist künftig Bestandteil der Arbeit, also nicht in die Freizeit zu verlegen.
- „Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat im Rahmen einer bedarfs-gerechten Finanzierung die Belange der Mädchenarbeit gleichberechtigt zu sichern, um zu einer gerechteren Mittelverteilung zu gelangen.“<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup>Stadt Frankfurt a. Main, Frauenreferat und Jugendamt, 1995,S.9

- „Die in Frankfurt bestehenden Mädcheneinrichtungen sollen in ihrem Bestand gesichert und bei der Haushaltsplanung entsprechend berücksichtigt werden.“<sup>6</sup>

Die Frankfurter Leitlinien verfolgen damit zwei grundlegende Zielsetzungen:

1. die Förderung und Weiterentwicklung der bestehenden Arbeit mit Mädchen durch gezielte Unterstützung und Rückenstärkung der Mädchenarbeiterinnen und der Einrichtungen (Sicherung des qualitativen Standards),
2. die dauerhafte finanzielle Absicherung der bestehenden Einrichtungen und Angebote der Mädchenarbeit (quantitative Bestandssicherung).

Beides ist notwendigerweise verbunden mit einer Umverteilung vorhandener Jugendhilfemittel zugunsten von Mädchen und mit einem Umdenken in der Jugendhilfe, einer Umgestaltung von Jugendhilfe hin zu geschlechtsbewußter Pädagogik für Mädchen und Jungen.

Die Leitlinien sind also Ausgangsbasis für einen Entwicklungsprozeß der unter den Vorzeichen Umverteilung ( der Mittel) und Umdenken (in der Pädagogik) von statten gehen wird.

#### Umdenken und Umverteilen zugunsten von Mädchen

Ein Umdenken in der Pädagogik zu befördern, hin zu einer geschlechtsbewußten Arbeit, die - so banal dies letztlich ist - reflektiert, daß „Jugend“ zwei Geschlechter hat oder anders gesagt, daß es keine geschlechterneutrale Pädagogik gibt, wird dabei die einfachere Aufgabe sein. Erste Anzeichen für einen Prozeß des Umdenkens sind schon zu erkennen. Mädchenarbeit, verstanden als bewußte Wahrnehmung pädagogischer Verantwortung gegenüber Mädchen hat auf die Jugendhilfe in diesem Sinne schon qualifizierend gewirkt. Mädchenarbeit hat als Arbeitsansatz, in ihren Inhalten, Methoden, mit ihren Innovationen und mit ihren Erfolgen Anerkennung erlangt. Es gibt keine ernsthafte fachliche Debatte, die die Notwendigkeit von Mädchenarbeit in Frage stellt. Die Impulse der Mädchenarbeit sind eine Chance für die Jugendhilfe, Mädchen und Jungen qualitativ bessere pädagogische Angebote und Hilfen zu-

kommen zu lassen und damit neuen Aufgaben und Problemen adäquat gerecht werden zu können.

Die Umverteilung der Mittel wird vergleichsweise mehr Durchsetzungskraft, Strategien des Einspruchs und viel Kleinarbeit verlangen. Eines muß uns dabei bewußt sein:

Umverteilung heißt faktisch, den Jungen zugunsten der Mädchen etwas wegzunehmen. Das heißt, wir werden eine eindeutige Position der Parteilichkeit für Mädchen, eine Parteilichkeit, die von und innerhalb der Jugendhilfe einen aktiven Beitrag zum Ausgleich gesellschaftlicher Diskriminierung von Mädchen verlangt, brauchen und vertreten müssen.

Damit wird deutlich, daß die Entscheidungen im Zuge der Umverteilung letzten Endes politische und nicht fachliche Entscheidungen sein werden.

#### Status und Stationen der Frankfurter Leitlinien

Die Frankfurter Leitlinien traten offiziell im Juni 1995 in Kraft. Vorausgegangen war ein ausführlicher und produktiver Diskussionsprozeß, der selbst bereits erste Erfolge in der Förderung der Mädchenarbeit zeitigte.

<sup>6</sup>ebda. S.9

Im September 1994 hat der Jugendhilfeausschuß der Stadt Frankfurt die Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt sind diesem Beschluß im Jahr 1995 gefolgt. Damit sind die Frankfurter Leitlinien ab dem Haushaltsjahr 1996 für die Arbeit des Jugendamtes, der freien Träger der Jugendhilfe, wie auch für die Ausgestaltung der politischen Arbeit und Entscheidungen des Magistrats verbindlich.

1991 hatte das städtische Frauenreferat die Aufgabe übernommen, ein tragfähiges Konzept zur Förderung von Mädchenarbeit in Frankfurt zu entwickeln. Die Erarbeitung eines solchen Konzeptes war von Anfang darauf angelegt, die Kompetenzen und Erfahrungen von Fachfrauen aus der Mädchenarbeit aufzugreifen und das Förderkonzept für die Mädchenarbeit an den konkreten Erfordernissen und Praxiserfahrungen der Mädchenarbeit zu orientieren. Dazu wurden Tagungen, Fachgespräche und Arbeitsgruppen mit Fachfrauen aus der Mädchenarbeit durchgeführt, die sehr konstruktiv waren und Spaß gemacht haben. Ende 1992 war der konzeptionelle Arbeitsprozeß beendet, die Frankfurter Leitlinien waren erarbeitet

und die Verhandlungsphase - mit dem Dezernat Jugend und Soziales und dem Jugendamt - konnte beginnen. Bis die Leitlinien in Jugendhilfeausschuß, als gemeinsame Beschlußvorlage von Frauen- und Sozialdezernat und deren Verwaltungen (Frauenreferat und Jugendamt), eingebracht werden konnten, vergingen fast zwei Jahre. Auch in dieser Verhandlungsphase von Spaß zu sprechen, wäre übertrieben. Insgesamt waren mehr die „stillen“ professionellen Kompetenzen, wie Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen, Streitbarkeit und Überzeugungskraft gefordert, als daß die Debatten an argumentative oder fachliche Grenzen bezüglich Mädchenarbeit gestoßen wären. Dennoch erlauben wir uns, die Hauptargumente gegen die Frankfurter Leitlinien anhand dreier besonders herausragender Beispiele hier polemisch zu benennen:

1. Gefährdung der Trägerautonomie, die auch gegenüber dem Grundgesetz Artikel 3 und § 9 KJHG verteidigt wurde,
2. unter dem Motto „Papier ist geduldig“, Zweifel, ob nach in Kraft treten der Frankfurter Leitlinien Verwendungsnachweise wahrheitsgemäß erstellt werden würden,

3. der Vorwurf zusätzlicher Bürokratisierung bei der Aufschlüsselung von Angeboten nach Geschlecht.

Das Netzwerk der Mädchenarbeit in Frankfurt hat sich mit viel Erfahrung, mit Fachkompetenz und offensiv in die Verhandlungen und Beratungen zu den Frankfurter Leitlinien eingemischt. Die Mädchenarbeiterinnen haben wesentlich dazu beigetragen, daß Frankfurt am Main nun in der Förderung von Mädchenarbeit ein Modell sein kann.

### **Vom „Ob“ zum „Wie“ der Mädchenarbeit - Erste Bilanz zu den Frankfurter Leitlinien -**

Die wohl weitreichendste Veränderung in der öffentlichen Debatte um eine gezielte Förderung von Mädchen und jungen Frauen, bzw. von Arbeit mit und für die Zielgruppe, ist, daß die Notwendigkeit und die Berechtigung mädchenge-rechter Angebote in der Jugendhilfe nicht mehr strittig ist. Lange Zeit waren die Anstrengungen von Mädchenarbeiterinnen darauf gerichtet, in der Fachöffentlichkeit, in der Jugendhilfe vor Ort und in den Diskussionen um Jugendpolitik nachzuweisen, daß Mäd-

chen und junge Frauen in der Gesellschaft diskriminiert sind und daß Jugendhilfe diese Benachteiligung noch verstärkt, indem ihre Angebote eher Jungen zugute kommen als Mädchen. Sie begründeten hieraus die Forderung nach einer angemessenen Berücksichtigung von Mädchen in allen Bereichen der Jugendhilfe. Mit anderen Worten: Im Mittelpunkt der damaligen Debatte stand die Frage des „Ob“ von Mädchenarbeit und damit einhergehend die Frage nach den Durchsetzungsstrategien bei der Berücksichtigung von Mädchenarbeit in den jeweiligen Konzepten und bei der Mittelverteilung.

Parallel hierzu wurde fachintern die spannende Diskussion um das „Wie“ der Mädchenarbeit geführt. Es wurde experimentiert, mit welchen Angeboten Mädchen erreicht werden, welche Themen und Schwerpunkte bearbeitet werden sollen und nicht zuletzt wurde diskutiert, welches Emanzipationsmodell den jeweiligen Aktivitäten zugrunde liegt.

Gleichzeitig mußten Mädchenarbeiterinnen ihre Arbeit „nur“ mit und für Mädchen ständig legitimieren. Unter diesem Legitimationsdruck fiel es oft nicht leicht, die „produktiven“ Umwege, die jedes neue Arbeitsgebiet zwangsläufig geht,

offensiv in der Fachöffentlichkeit zu vertreten, obwohl gerade dies neue Perspektiven eröffnet.

Nach der Verabschiedung der Frankfurter Leitlinien, die Mädchenarbeit als „Regelfall“ vorsehen, ist die Chance für eine offensive Diskussion in der Fachöffentlichkeit und für die Jugendpolitik um das „Wie“ der Mädchenarbeit gegeben.

Im Folgenden werden wir erste Erfahrungen im Prozeß der Durchsetzung und Umsetzung der Frankfurter Leitlinien darstellen. Sie beruhen auf den Erfahrungen, die in den Mädchenarbeitskreisen gebündelt sind, auf Diskussionen in den Gremien der Jugendhilfe, auf Einzelgesprächen mit Fachfrauen, und auf drei Fachtagungen zu den Frankfurter Leitlinien im Dezember 1994, November 1995 und im November 1996, die das Jugendamt und das Frauenreferat gemeinsam durchführten.

#### Rückenstärkung für die Fachfrauen in der Praxis

„Plötzlich rannte ich im Team und beim Träger offene Türen ein, wenn ich Angebote für Mädchen durchführen wollte bzw. ich wurde geradezu aufgefordert,

etwas für Mädchen zu tun“, berichtete einen Mädchenarbeiterin, die bei einem freien Träger beschäftigt ist, auf der letzten der eben erwähnten Fachtagung im November 1995. Nicht zuletzt das Instrument der Quotierung der Mittel hat Träger hellhörig werden lassen. Selbst wenn die Leitlinien „nur“ vorsehen, daß bei Nichteinhaltung der Mittelquotierung (1/3 der Sach- und Honorarmittel müssen Mädchen zugute kommen), dies begündet werden muß, fürchten offenbar viel Träger im Zuge von Spardiskussionen und allgemeinen Mittelkürzungen negative Auswirkungen auf die jeweiligen Einrichtungen, wenn Mädchen, wie bisher, zuwenig bzw. kaum erreicht werden.

Ein zweiter Effekt ist, daß sich auf Stadtteilebene neue Mädchenarbeitskreise (MAK) gebildet haben bzw. daß bestehende MAK's sich wieder aktivieren. Die Teilnahme am MAK ist selbstverständlich während der Arbeitszeit möglich, d.h. sie ist als Arbeitsauftrag akzeptiert. Dies ist inzwischen möglich, weil Mädchenarbeit jetzt geforderter Teil der Jugendarbeit ist und nicht nur das „Privatanliegen“ der Mädchenarbeiterinnen.

Ein Glosse am Rande soll hier noch Erwähnung finden: In einem der Stadtteil-MAK's stellten zwei Kollegen den An-

trag, Mitglied des Mädchenarbeitskreises zu werden. Ihre Begründung war: der Träger und das Team wünschen Mädchenarbeit; sie haben darin als Männer keine Erfahrung und bedürfen deswegen dringen der Fort- und Weiterbildung. Sie wollen in den Diskussionsprozeß dieses Arbeitsgebietes vor Ort eingebunden sein, um qualitativ gute Mädchenarbeit leisten zu können. Nach einem ersten Verblüffungsmoment empfahlen die Mädchenarbeiterinnen ihren Kollegen, sich selbst in geschlechtsbewußter Jungenarbeit schlau zu machen und in der Einrichtung Personalmittel langfristig umzuwidmen für Frauen, die Mädchenarbeit machen wollen und können.

### Erprobung neuer Modelle

Die Leitlinien sehen vor, Mädchen und Jungen gleichermaßen zu fördern. Einen neuen Weg gingen hierbei Fachfrauen (und Männer), die in zwei koedukativen Jugendclubs des selben Trägers in einem Stadtteil arbeiten. Eine Möglichkeit wäre gewesen, in jeder der Einrichtung gezielte Mädchenförderung durch Bereitstellung geeigneter Angebote und Räume zu betreiben. MitarbeiterInnen und Träger gingen einen anderen Weg: Sie gestalteten einen Ju-

gendclub als Mädchentreff und den Zweiten als Jungentreff. Für eine begrenzte Phase soll diese räumliche und organisatorische Trennung „modellhaft“ erprobt werden, um hieraus dauerhafte Folgerungen für diese beiden Clubs und evtl. darüber hinaus für weitere Einrichtungen abzuleiten.

### Träger der Jugendhilfe werden wach

Die Leitlinien fordern Mädchenarbeit ein. Viele Träger in Frankfurt reagieren auf diese fachpolitische Vorgabe, indem sie sich selbst und ihre Mitarbeiterinnen vor Ort über das „neue“ Arbeitsgebiet informieren. So haben binnen kurzer Zeit drei große Träger die Fachfrauen aus dem Jugendamt und dem Frauenreferat gebeten, mit ihnen Umsetzungsmöglichkeiten zur besseren Mädchenförderung in ihren jeweiligen Einrichtungen zu beraten. Desweiteren stellen fast alle Träger ihre Mitarbeiterinnen für die Teilnahme an Fachtagungen zur Mädchenarbeit problemloser frei als früher.

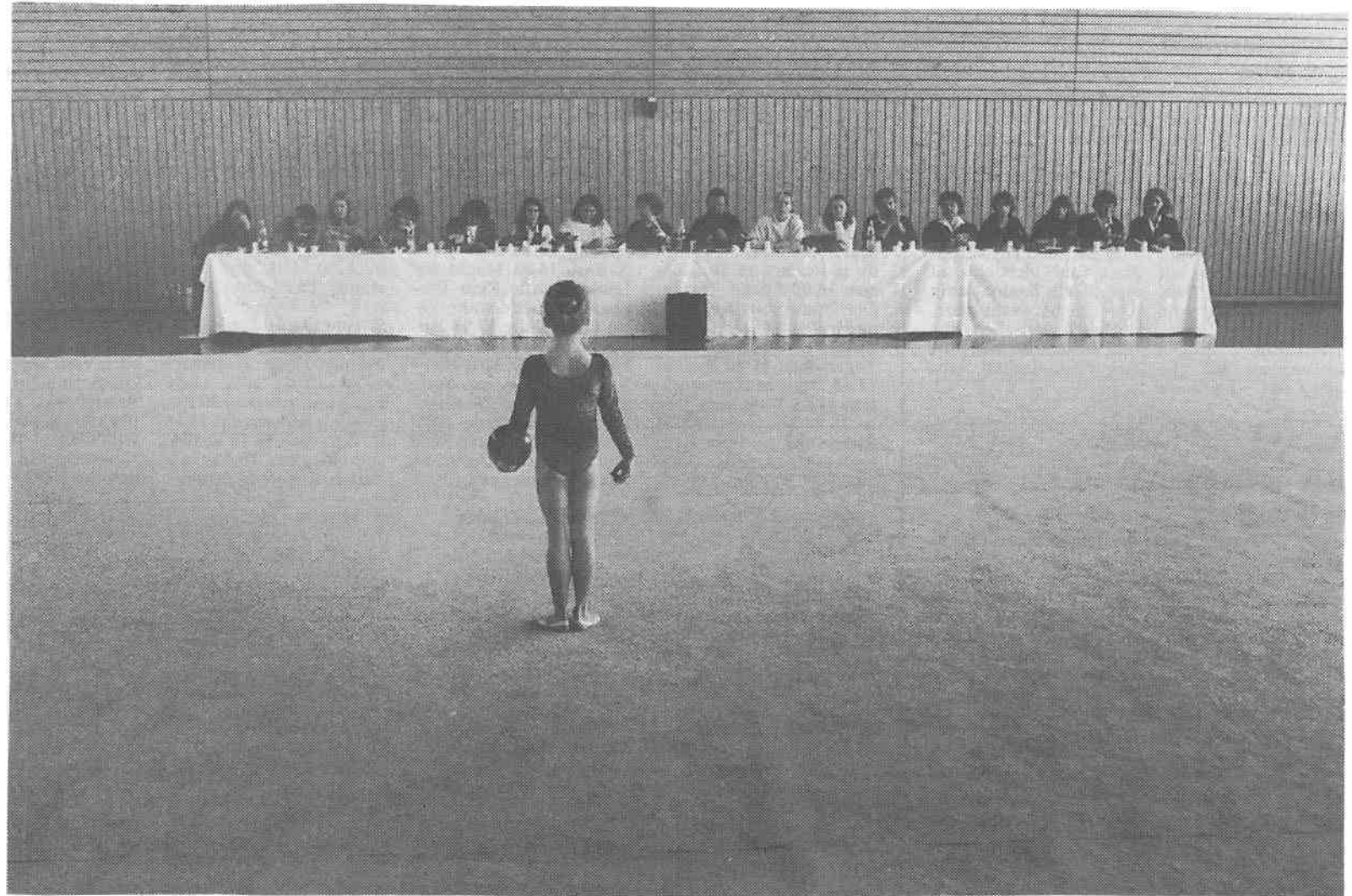
Das Frankfurter Jugendamt, Abteilung Kinder- und Jugendförderung, konzipierte seine jährlich stattfindende Fortbildungswoche 1995 unter dem Titel „Mädchenarbeit/Jungenarbeit“ in allen Beiträgen und Arbeitsgruppen durch-

gängig im Sinne einer „geschlechtsspezifischen, - bewußten und - differenzierten Arbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“. Ferner führte die Koordinatorin für Mädchenarbeit dieser Abteilung ein Fachforum zur Mädchenarbeit durch und sie startete eine Umfrage zum Stand der Umsetzung der Frankfurter Leitlinien.

Inzwischen zeichnet sich ab, daß auch Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit, die bislang wenig geschlechtsdifferenzierende Angebote machten, diesen Arbeitsansatz aufgreifen. Die Leitlinien beginnen also, in allen Bereichen der Jugendhilfe wirksam zu werden.

### Bestandssicherung mädcheneigener Einrichtungen

Die Leitlinien sichern explizit den Bestand mädcheneigener Einrichtungen in Frankfurt. Unterstützt wird dies darüber hinaus durch entsprechende Beschlüsse von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 1993. Wir haben eingangs bereits auf die Infrastruktur der Mädchenarbeit in Frankfurt hingewiesen, die maßgeblich den Entstehungsprozeß der Leitlinien begleitete. Den eigenständigen Mädcheneinrichtungen fiel im Gesamtgefüge





dieser Infrastruktur eine gesonderte Rolle zu: sie waren oftmals Kristallisationspunkte für die Entwicklung neuer Ansätze, hier konnte ohne „Störung“ durch Jungen und Männer experimentiert werden, wobei die Ergebnisse in den koedukativen Bereich ausstrahlten. Die Tatsache, daß viele der eigenständigen Mädcheneinrichtungen in der Trägerschaft kleiner autonomer Vereine sind, hat sich darüber hinaus insgesamt produktiv auf die Innovationsbereitschaft der großen Trägerverbände ausgewirkt.

Um so wichtiger ist es, daß diese Infrastruktur in ihrem Bestand erhalten bleibt, gerade auch angesichts der z. Zt. geführten Debatte um eine Neustrukturierung der Jugendhilfe bei finanziell engen Rahmenbedingungen. Unter Hinweis auf die Leitlinien konnte in Frankfurt eine Bestandsminderung eigenständiger Mädchenarbeit in einem Fall verhindert werden. Die vorgesehene Kürzung für eine autonome Mädcheneinrichtung wurde zurückgenommen. In einem zweiten Fall blieben im städtischen Haushalt eingestellte Mittel für die eigenständige Mädchenarbeit erhalten, nachdem der bisherige Träger diese Einrichtung schließen mußte. Mit Hilfe eines „Runden Tisches“ unter Beteiligung von Jugendamt, Frauenreferat, TrägervertreterInnen, Fachfrauen des

Stadtteil-MAK's, gelang es, im Stadtteil einen anderen Träger zu finden, die Haushaltsmittel zu transferieren und so die eigenständige Mädchenarbeit zu sichern: in der Form eines räumlich getrennten Mädchentreffs innerhalb eines koedukativen Jugendhauses.

#### Evaluation des Umsetzungsprozesses ist angesagt

Die bisher geschilderten Erfahrungen stellten die sichtbaren Erfolge der Umsetzung der Frankfurter Leitlinien heraus und sie beschrieben jeweils einen Zwischenstand des Prozesses, Mädchenförderung in die Praxis umzusetzen. Wir wollten hiermit aufzeigen, wie notwendig und sinnvoll fachpolitische Vorgaben für eine Weiterentwicklung der Mädchenförderung sind.

Was aber noch fehlt ist eine Aussage darüber, inwieweit Mädchenförderung zur alltäglichen Praxis der Jugendhilfe in der Kommune geworden ist. Hierzu gehörte auch eine Analyse der Stationen und Schritte im Umsetzungsprozeß, der hierbei erreichten Erfolge aber auch der Mißerfolge sowie der expliziten und impliziten Widerstände, die eine Durchsetzung der Mädchenförderung noch immer behindern.

Die Jugendhilfe unterliegt z. Zt. einer Hinterfragung ihrer Arbeitsansätze, nicht unwesentlich motiviert durch den „Sparzwang“ angesichts „leerer“ Kassen. In einer solchen Situation besteht leicht die Gefahr, daß erreichte förderpolitische Instrumente in der Schublade verschwinden bzw. Makulatur werden, wenn ihre Umsetzung nicht offensiv eingefordert und ihr Umsetzungsprozeß in den Alltag von Jugendhilfe nicht kritisch begleitet wird. Eine Evaluation des Umsetzungsprozesses der „Frankfurter Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“ ist daher fachpolitisch notwendig und geboten, damit das „Sonderangebot“ Mädchenarbeit zum „Regelfall“ einer geschlechtsdifferenzierenden Jugendhilfe wird.

**Christiana Klose** ist Mitarbeiterin des Frankfurter Instituts für Frauenforschung.

**Beate Weißmann** arbeitet als Referentin für Mädchenpolitik und Abbau von Gewalt gegen Frauen und Mädchen bei der Stadt Frankfurt a. M.

Gabi Kircher  
Anja Wilser

Die

## AG MÄDCHENPOLITIK

### IN STUTT GART

#### Mädchenpolitische flußmöglichkeiten Arbeitsgruppe nach § 78 KJHG

Ein-  
als

Mädchenarbeit über institutionelle und themenspezifische Grenzen hinweg zu vernetzen, war und ist vielen in der Mädchenarbeit tätigen Frauen seit vielen Jahren ein Anliegen. So bestanden in Stuttgart bereits seit langem Frauennetzwerke. Die AG Mädchenpolitik in ihrer jetzigen Form gründete sich 1993 im Anschluß an ein Symposium, das von der Frauenkommission der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle Stuttgart veranstaltet wurde. Unter dem Titel "Pflicht statt Kür - Mädchenförderung in Baden-Württemberg" wurden insbesondere notwendige Inhalte für ein Landesausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz diskutiert, gleichzeitig sollten und wurden Fachfrauen ermutigt, sich mit ihrem Fachwissen kommunal- und landespolitisch einzumischen.

In der Arbeitsgruppe schlossen sich Fachfrauen aus den verschiedensten Bereichen der Mädchenarbeit in Stuttgart zusammen. Ihr erklärtes Ziel war und ist, **mädchenpolitisch** zu arbeiten und sich aktiv an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen.

Grundlage für eine solche Form der Beteiligung sind die §§ 78 und 80 KJHG, die zum einen Jugendhilfepla-

nung vorschreiben, zum anderen eine konkrete Beteiligung der freien Träger der Jugendhilfe nahelegen.

#### § 78 Arbeitsgemeinschaften

"Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, daß die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen."

Ende des Jahres 1994 wurde die AG Mädchenpolitik vom Jugendamt der Stadt Stuttgart als AG nach § 78 KJHG anerkannt. Die (gewählte) Geschäftsführung wurde von einer Kollegin des Jugendamts, zunächst für die Dauer von zwei Jahren, übernommen.

Die Richtlinien zur konkreten Arbeit dieser AG's werden von den örtlichen Jugendämtern erlassen, was in Stuttgart folgendes beinhaltet:



"Die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 dienen der gemeinsamen Absprache und der Abstimmung von Maßnahmen, Fachkonzepten und Standards der Träger der Jugendhilfe. Die Autonomie der einzelnen Träger bleibt unberührt. Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaften haben nach außen keinen bindenden Rechtscharakter. Die Verlässlichkeit von Absprachen muß dennoch gewährleistet sein. Die Empfehlungen der einzelnen AG's werden von der Jugendhilfeplanung aufgenommen. Die "Steuerung" der Angebote der freien Träger erfolgt über die örtliche Jugendhilfeplanung, die städtische Förderung und die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses. Die der Steuerung zugrundeliegenden Absprachen sollten in den AG's getroffen werden. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sind entsprechend kompetente Personen zu entsenden. Der Kreis der TeilnehmerInnen sollte bestimmt sein.

Folgende Aufgaben sind wahrzunehmen:

- Überprüfung, Fortschreibung und Umsetzung fachlicher Standards
- Abstimmung fachlicher Konzeptionen

- Abstimmung der Angebote hinsichtlich der Zielgruppen
- Abstimmung und Absprache zur Praxisgestaltung
- Austausch über quantitative und qualitative Bedarfsänderungen und Informationen der Planungsverantwortlichen, Formulierung von Planungsbedarf
- Mitwirkung an Planungsprojekten
- Stellungnahme zu neuen Angeboten"

Die Neufassung der Satzung (1994) für das Jugendamt der Stadt Stuttgart verpflichtet den Jugendhilfeausschuß, ein beratendes Mitglied "für geschlechtsspezifische Belange von Mädchen und Jungen" zu berufen. Die AG Mädchenpolitik hat eine Vertreterin als Deligierte für diese Funktion entsandt.

Nach der Konstituierungsphase beschäftigte sich die AG Mädchenpolitik mehr als ein Jahr intensiv mit der Ausarbeitung eines Grundsatzpapiers zur Mädchenarbeit, das neben den allgemeinen Grundlagen der Mädchenarbeit vor allem fachliche Standards und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Standards beinhalten sollte.

Die Diskussions- und Aushandlungsphase dieses Papiers machte unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen der einzelnen beteiligten Frauen deutlich. In der Arbeitsgruppe vertreten sind Mitarbeiterinnen aus koedukativen Einrichtungen, aus reinen Mädchenprojekten, aus kleinen freien Trägern und aus größeren Verbänden, aus Einrichtungen, die bereits dezidierte geschlechterdifferenzierte Konzeptionen haben und solchen, in denen dies bislang überhaupt kein Thema ist usw. Dazuhin sind die individuellen Herangehensweisen der Fachfrauen und auch ihr Verständnis von (feministischer) Mädchenarbeit verschieden. Auch weichen Positionen der Fachfrauen und ihrer jeweiligen Trägerspitze nicht selten erheblich voneinander ab.

Trotz dieser Differenzen war die Arbeitatmosphäre von Beginn an von hoher gegenseitiger Wertschätzung und dem Wunsch, sich zu unterstützen und zu stärken, getragen. Die Erarbeitungsphase des Grundsatzpapiers gestaltete sich offen und konstruktiv. Die Formulierung von gemeinsamen Positionen stärkte die beteiligten Frauen auch in ihrer mädchenpolitischen Arbeit vor Ort.

## "Mädchenarbeit in Stuttgart - Grundsätze und Leitlinien"

In Absprache mit der Jugendhilfeplanung setzte sich die AG zum Ziel, mit dem Grundsatzpapier **verbindliche** fachliche und strukturelle Standards der Mädchenarbeit in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart festzuschreiben.

Das Grundsatzpapier

- soll als verbindliche pädagogische Grundlage in den Konzeptionen der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe verankert werden
- und ist verbindliche Grundlage der Jugendhilfeplanung mit all ihren Planungsprozessen vor Ort.

In dem Papier werden im ersten Teil die gesellschaftliche Lebensrealität von Mädchen und Frauen und die daraus resultierende Notwendigkeit einer mädchenspezifischen bzw. geschlechterdifferenzierenden Kinder- und Jugendhilfe beschrieben, ferner die gesetzlichen Grundlagen, aus denen sich auch die Verankerung als Querschnittsaufgabe ergibt (vgl. § 9,3 KJHG). Es folgen Definition und grundsätzliche Aussagen zu Mädchenarbeit; hierbei wurde der

Schwerpunkt auf eine zielgruppenorientierte und nicht eine defizitorientierte Sichtweise gelegt.

Im zweiten Teil werden Leitlinien und fachliche Standards in zentralen Bereichen der Mädchenarbeit in Stuttgart formuliert und - das erweist sich als besonders wichtig - Empfehlungen zur Umsetzung derselben gegeben. Die Empfehlungen zielen sowohl auf die pädagogisch-praktische als auch auf die strukturelle Ebene. Sie beinhalten u.a. den Auftrag an die verschiedenen Träger, geschlechterdifferenzierende pädagogische Konzeptionen für ihren Bereich zu erarbeiten, soweit dies noch nicht geschehen ist. Für koedukative Einrichtungen wird eine Mittelquotierung festgelegt (ein Drittel für Mädchenarbeit, eines für Jungenarbeit, eines für koedukative Angebote). Für die Mädchenarbeit sind festangestellte pädagogische Fachfrauen mit einem abgesicherten Arbeitsauftrag einzusetzen.

Auf struktureller Ebene soll u.a. die Förderung der freien Träger von deren Bereitschaft abhängig gemacht werden, den § 9,3 KJHG umzusetzen. Die jeweiligen Konzeptionen und die daraus abgeleiteten Angebote und Dienstleistungen sollen dem Jugendamt vorgelegt werden.

## Was danach geschah...

### - Durchsetzungsstrategien und Folgeprobleme

Die AG Mädchenpolitik verfolgte von Anfang an den Weg, das Grundsatzpapier auf der politischen Ebene zu verabschieden, sprich die Einbringung in den Jugendhilfeausschuß. Auf keinen Fall sollte ein weiteres Papier "für die Schublade" geschrieben werden, mit dem sich zwar alle per Lippenbekenntnis einverstanden erklären können, das aber keinerlei Konsequenzen hervorruft. Stattdessen sollte mit diesem Papier versucht werden, Verbindlichkeiten zu schaffen, die die Mädchenarbeit - und damit auch die Mädchenarbeiterinnen - aus ihrem Nischendasein hervorholen und strukturell verankern, statt sie als (verzichtbares) "Sahnehäubchen" der Angebote in den einzelnen Bereichen der Jugendhilfe zu verstehen.

Zunächst wurde der Entwurf des Grundsatzpapiers im Juli 1995 mit der Leitung des Jugendamts und der Jugendhilfeplanung diskutiert. Beide begrüßten das Papier und versicherten nicht nur ihre Unterstützung bei der Durch- und Umsetzung, sondern auch, die Inhalte zur Maßgabe ihrer eigenen Arbeit und

Amtspolitik zu nehmen. Alle teilten jedoch die Einschätzung, daß sich die praktische Umsetzung der Leitlinien auf breiter Ebene schwieriger gestalten würde als deren Einbringung in den Jugendhilfeausschuß.

Weiterhin wurde dem Jugendhilfeausschuß eine Diskussion im Beirat für Gleichstellungsfragen vorgeschaltet, dessen Mitglieder dann einstimmig beschlossen:

"Der Beirat für Gleichstellungsfragen nimmt zustimmend von den Grundsätzen und Leitlinien zur Mädchenarbeit in Stuttgart Kenntnis und empfiehlt der Verwaltung, diese Leitlinien künftig zur verbindlichen Grundlage der Mädchenarbeit in Stuttgart zu machen, sie zügig umzusetzen und regelmäßig im Beirat für Gleichstellungsfragen und im Jugend- und Sozialhilfeausschuß über die Umsetzung zu berichten."

Im September 1995 erfolgte die mit Spannung erwartete Diskussion und Beschlußfassung im Jugendhilfeausschuß. Die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage hatte folgenden Beschlußantrag: "Von den Grundsätzen und Leitlinien zur Mädchenarbeit in Stuttgart wird Kenntnis genommen."

Wie erwartet wurde von allen Seiten Zustimmung zum ersten Teil des Papiers signalisiert. Die Empfehlungen zur Umsetzung jedoch stießen auf erheblichen Widerstand. Die freien Träger fühlten sich in ihrer Autonomie angegriffen und bemängelten, nicht in die Diskussion einbezogen gewesen zu sein. Nach verschiedenen anderen Wortmeldungen, in denen darauf hingewiesen wurde, daß das Papier nun erst in den eigenen Reihen diskutiert werden müsse und auch geprüft werden müsse, ob auch alles so stimme, wie es dort geschrieben steht, nahm der Jugendhilfeausschuß, "ohne daß sich Einwendungen erheben, von den Grundsätzen und Leitlinien zur Mädchenarbeit in Stuttgart Kenntnis".

Es stellte sich nun die Frage nach den Konsequenzen. Was heißt "nimmt Kenntnis"? Heißt das lediglich, die Vorlage erhalten zu haben? Eine Festlegung auf Schlußfolgerungen ist in dieser Form nicht enthalten. In seinem Schlußwort verwies der Jugendamtsleiter aber darauf, daß die Formulierung "Kenntnisnahme" für die Verwaltung ausreichend sei, um konkrete Schritte auszuarbeiten.

Ein solcher konkreter Schritt ist ein daraufhin im April 96 vom Jugendamt ver-

schicktes Anschreiben an die freien und öffentlichen Träger von Jugendhilfemaßnahmen, in dem diese aufgefordert werden, eine Rückmeldung zu folgenden Fragen zu geben:

- Wie sehen die bisherigen mädchen-spezifischen Leistungen des Trägers aus? Auf welchen Konzepten beruhen diese?
- Wie sieht die Planung zur Förderung von Mädchen und jungen Frauen aus?
- In welcher Form können die im Grundsatzpapier beschriebenen Maßnahmen beim jeweiligen Träger umgesetzt werden?

Für Neuförderungen freier Träger oder Maßnahmen des Jugendamts haben die Leitlinien bereits bindenden Charakter, sie sind ebenfalls Bestandteil der Jugendhilfeplanung.

Nach der Verabschiedung im Jugendhilfeausschuß diskutierten die in der AG Mädchenpolitik vertretenen Kolleginnen das weitere Vorgehen. Jede einzelne sollte innerhalb ihres Trägers die Diskussion forcieren und für Akzeptanz werben. Dabei wurde ein großes Problem deutlich:

Zwar hatten alle Teilnehmerinnen der AG Mädchenpolitik ein Mandat ihres Trägers, an dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen. Dies war im Zuge der Anerkennung nach § 78 notwendig geworden. Doch was ein solches Mandat in der Praxis bedeutet, war weder den betroffenen Kolleginnen noch ihren Vorgesetzten deutlich. Für Kolleginnen von (kleinen) Mädchenspezifisch arbeitenden Trägern war die Abstimmung ein deutlich geringeres Problem, anders dagegen bei größeren Trägern. Die Frage war, ob die Kolleginnen ihre Träger über die Arbeit an dem Grundsatzpapier und vor allem die sich daraus ergebenden Konsequenzen hätten informieren müssen, sodaß diese sich in irgendeiner Weise in den Diskussionsprozeß hätten einklinken können. Einige Kolleginnen bekamen teilweise sogar diesbezüglich harsche Kritik von ihren Trägern. Die Frage der Delegation war nicht ausreichend geklärt gewesen.

Auf die Klärung der Frage des Mandats, der Frage nach Rückkoppelung von Arbeitsergebnissen und Entscheidungskompetenzen muß unbedingt großer Wert gelegt werden. Dies ist bei der AG Mädchenpolitik in Stuttgart im Vorfeld nicht ausreichend berücksichtigt worden, weil auch noch niemand über ent-

sprechende Erfahrungen verfügen konnte. Doch sowohl zum Schutz der Kolleginnen wie auch zur effektiven Ergebnissicherung sollte dieser Aushandlungsprozeß in seiner Bedeutung für die künftige Arbeit nicht unterschätzt werden.

Der Druck, den einzelne Kolleginnen spürten, war für die ganze AG eine Belastung und Herausforderung, diese Kolleginnen zu unterstützen. Vereinbart wurde ein "runder Tisch", an dem VertreterInnen der Liga und die AG-Teilnehmerinnen über das Grundsatzpapier, seine Entstehungsgeschichte, Möglichkeiten der Umsetzung und die Mandatsfrage diskutieren sollten. Klärungsbedarf entstand übrigens auch zwischen den freien Trägern und der Verwaltung.

### **Ein vorläufiges Resümée**

**oder**

### **Was ist aus der bisherigen Entwicklung zu lernen?**

\* Nachdem es im Zuge der Diskussion im Anschluß an die Einbringung des Papiers in den Jugendhilfeausschuß doch zu einigen belastenden Situatio-

nen kam, wurden Stimmen laut, die meinten, das Papier sei zu schnell, zu wenig vordiskutiert und damit zu un-abgestimmt auf den politischen Weg gebracht worden. Sicher war bei diesem Vorgehen eine gewisse Naivität bzw. Unerfahrenheit mit im Spiel. Dennoch halten wir den Weg aus der Rückschau für richtig, da er einen Diskussionsprozeß ausgelöst hat, der die Knackpunkte sehr schnell deutlich machte. Uns ist nicht mehr mit der Einbringung von Papieren gedient, auf die sich alle einigen können, weil sie keine Konsequenzen herausfordern. In Zeiten leerer Kassen liegt es auf der Hand, daß um die verbleibenden Mittel und auch um Einflußmöglichkeiten gerungen oder gestritten werden muß. In diesen Prozeß müssen wir uns mit unserem Anliegen, der Mädchenförderung aktiv einbringen. Wichtig ist aber, wie oben bereits erwähnt, einzelne zu schützen, indem klare Regelungen über Arbeitsweise und Kompetenzen der entsprechenden AG's getroffen werden.

\* Die Unterstützung durch das Jugendamt war für die Arbeitsgruppe wichtig. Dies betrifft sowohl die Übernahme der Geschäftsführung - womit

organisatorische Rahmenbedingungen gegeben waren, die "den Rücken freihielten" - als auch die deutlichen Signale von Jugendhilfeplanung und Amtsleitung, geschlechterdifferenzierende Arbeitsweisen ernstzunehmen, zu unterstützen und dies auch öffentlich kundzutun. Die Suche nach BündnispartnerInnen in einem solchen Prozeß ist unverzichtbar. Je "potenter" sie sind, umso besser. Selbst wenn die Anerkennung im Jugendhilfeausschuß gelingt, reicht dies allein nicht aus für die Umsetzung. Hier muß sich die Verwaltung dahinter stellen - oder ein anderer potenter Träger/Verband.

- \* Als offene Frage bleibt festzuhalten, daß unklar ist, wer die Umsetzung und Einhaltung der Leitlinien kontrolliert. In den Leitlinien selbst steht im letzten Satz, daß die AG Mädchenpolitik im Jugendhilfeausschuß regelmäßig über die Umsetzung berichtet. Das ist jedoch völlig unrealistisch. Weder verfügt sie über die Informationen noch über die Macht, an diese zu gelangen, noch erscheint es sinnvoll, sich in diese Kontrollfunktion zu begeben. Diese Frage ist noch zu klären.

\* Weiterhin steht die Klärung der Zusammenarbeit mit den anderen AG's nach § 78 an, die es in Stuttgart gibt. Die Forderung nach Einlösung der Querschnittsaufgabe legt nahe, daß jede AG, egal zu welchem Thema sie arbeitet, die Geschlechterfrage mit berücksichtigen muß. Bislang sieht die Lösung so aus, daß in jeder der AG's auch eine Vertreterin der AG Mädchenpolitik mitarbeitet. Versteckt liegt aber auch in dieser Lösung das Problem der Kontrolle. Ferner bleibt die Frage offen, was ist Mädchenspezifisch und wo geht es um den Auftrag der Geschlechterdifferenzierung, den ja dann nicht unbedingt die Kollegin aus der Mädchenarbeit einzufordern hat.

- \* Nicht zuletzt möchten wir auf die vielen positiven Reaktionen auf die Veröffentlichung der Leitlinien hinweisen. Viele Fachfrauen, auch weit über Stuttgart hinaus, begrüßten das Papier als wertvolle Grundlage für ihre Arbeit. Es unterstützt die Mitarbeiterinnen in ihren Forderungen nach Umsetzung einer geschlechterdifferenzierenden Jugendhilfe und stellt dafür eine gute Argumentationshilfe dar.

In Stuttgart wurde das Thema zum Grundsatzthema, auch über jungenspezifische Arbeitsansätze und -vorhaben wird vermehrt diskutiert.

Die Arbeitsgruppe hat in den vergangenen Jahren viel gearbeitet und viel erreicht. Darauf sind wir stolz, auch wenn der Weg vor uns noch lang und kurvenreich ist. Sich zusammenschließen, sich zu stärken, vielleicht auch in konstruktiven Auseinandersetzungen, und sich immer wieder aufeinander zu beziehen, erscheint uns als wichtige Arbeitsgrundlage - politisch wie persönlich.

**Gabi Kircher,**

Mädchenkoordinatorin beim Stuttgarter Jugendhausverein, Mitarbeiterin in der AG Mädchenpolitik und Vertreterin derselben im Jugendhilfeausschuß der Stadt Stuttgart.

**Anja Wilser,**

Mädchengesundheitsladen Stuttgart, als Vertreterin der AG Mädchenpolitik Stuttgart Sprecherin in der LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg.

Beate Maas

## Arbeitskreis Parteiliche Mädchenarbeit Mannheim

### I. Erste Erfahrungen kommunal- politischer Einflußnahme

Der Arbeitskreis parteiliche Mädchenarbeit wurde 1991 - damals noch mit dem Schwerpunkt Suchtprävention - gegründet. Von Anfang an gehörten ihm Mitarbeiterinnen aus verschiedenen Arbeitsfeldern des öffentlichen und der freien Träger an. Wichtig war uns damals (und heute) die gegenseitige Stärkung und Unterstützung, der Informationsaustausch und die Erweiterung unserer fachlichen Kompetenz. Auch über zeitweise „Durststrecken“ hinweg, als nur noch wenige Frauen kamen, trafen wir uns regelmäßig einmal im Monat und versuchten immer wieder neue Frauen zu gewinnen. Heute gehören dem AK 20

Einrichtungen mit ca 25 Mitarbeiterinnen an.

Bis 1995 lag der Schwerpunkt unserer monatlichen Treffen vorrangig auf Vernetzung vor Ort und Fortbildung. Als sich im November 1995 jedoch (zufällig?!) sehr viele Frauen aus dem AK zur Tagung „Lieber gut vernetzt als die Letzte am Seil“ anmeldeten, war dies der entscheidende Anstoß für uns, uns mit der Frage der kommunalpolitischen Einflußmöglichkeiten auseinanderzusetzen.

Klar wurde uns sehr schnell, dass die Arbeit, die aus dieser neuen Zielrichtung des AK erfolgt, nicht im Rahmen unserer regelmäßigen Treffen entwickelt werden kann, ohne dass unsere bisherigen Schwerpunkte zu kurz kommen. Darauf wollte aber die Mehrheit der Frauen nicht verzichten, und auch nicht alle Frauen hatten die Kapazität und das Interesse, sich mit diesen erstmal fremden Inhalten auseinanderzusetzen. Unsere Lösung bestand darin, eine Untergruppe „Politik“ einzurichten, die konkrete Schritte für die kommunalpolitische Arbeit vorbereitete und einleitete und dem AK in regelmäßigen Abständen Rechenschaft ablegen sollte.

Unser 1. Schritt in die „Kommunalpolitik“ bestand darin, uns Bündnispartnerinnen in der Stadtverwaltung und Politik zu

suchen, um uns durch diese überhaupt über kommunalpolitische Zusammenhänge kundig zu machen (nach welchen Regeln arbeitet der Jugendhilfeausschuß? Wie wird man formal eine AG nach § 78 KJHG? Wie sind die Gepflogenheiten in Mannheim? Wer ist dabei wichtig? usw.). Dabei wurde uns klar, dass wir auf unsere Frauenbeauftragte nur bedingt zählen können; sie verfolgt andere Schwerpunktthemen.

Der nächste Schritt war die Erarbeitung eines Grundsatzpapiers, um einheitlich an die Öffentlichkeit treten zu können. Dies war unsere Intention. Der Diskussionsprozeß, der darüber in Gang kam, ging weit darüber hinaus und war sehr fruchtbar. Er half uns, inhaltliche Positionen zur Mädchenarbeit im AK zu klären und unsere Vorstellungen zu Mädchenpolitik in der Kommune zu vereinheitlichen.



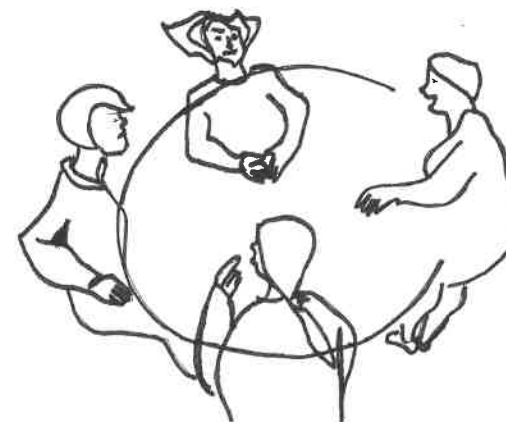
Ein Entwurf, der in der Untergruppe „Politik“ formuliert worden war, wurde in 2 Sitzungen intensiv diskutiert und - überarbeitet - in der 3. Sitzung einstimmig verabschiedet (siehe Anhang). Die Diskussion war geprägt von dem Wunsch, Klarheit darüber zu schaffen, unter welche grundlegenden gesellschaftlichen Bedingungen Mädchen hier aufwachsen (dies wurde unter „Grundlagen“ definiert), was „Parteilichkeit“ für uns bedeutet (was wir dann ausführlich formulierten) und welche politische Richtung unsere Aktivitäten nehmen sollen (dies legten wir unter „Ziele“ fest). Erfreulich war, dass wir keine ideologischen Grabenkämpfe ausfechten mußten, sondern die Bemühung im Vordergrund stand, uns gemeinsame Standards zu erarbeiten. Hilfreich dabei waren für uns schon formulierte Grundsatzpapiere anderer Arbeitskreise (aus Stuttgart bzw. LAG Mädchenprojekte). Die nächste Hürde war die Unterschrift der einzelnen Träger, und damit auch deren offizielles Bekenntnis unter die Inhalte unseres Grundsatzpapiers. Jede einzelne AK-Frau mußte dies individuell mit ihren Vorgesetzten ausfechten. Damit bekam für einige Frauen die eher inoffizielle Mitgliedschaft offiziellen Charakter, was zur Stärkung ihrer Position in ihrer Einrichtung beitragen konnte.

Die 2 großen Träger, AWO und Caritas unterschrieben nicht. Dies hatte allerdings weniger inhaltliche als politische Gründe, da diese just zu diesem Zeitpunkt eigene Ziele im Zusammenhang mit Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG verfolgten. (was wir erst später so richtig durchschauten.) In Mannheim gab es bisher noch keinerlei AG's nach § 78, und die Liga der Wohlfahrtsverbände wollte alle Entwicklungen in diesem Bereich nur unter ihrer Führung dulden.

Trotzdem unterschrieben 16 verschiedene Einrichtungen das Grundsatzpapier, und wir stellten über die Geschäftsführerin des Stadtjugendringes, die Sitz und Stimme im JHA hat, dort den Antrag, unseren Arbeitskreis vorzustellen. Im Dezember 1996 (also ein Jahr nach unserem Beschluss, uns kommunalpolitisch einzumischen) hatten wir unseren Termin. Dazu hatten wir uns verschiedene Methoden überlegt, um unsere Vorstellung im JHA aus dessen Arbeitsroutine herausragen zu lassen. Als erstes kopierten wir unsere schriftliche Vorlage - das Grundsatzpapier - auf dunkelrosa Papier (sehr auffallend in einem weißen Papierstoß!), dann bestanden wir darauf, dass zwei Frauen im Ausschuss vortrugen; wobei die eine fachliche Standards zur Situation der Mädchen und zur Mädchenarbeit formu-

lierte, und die andere die konkrete Arbeit des AK's vorstellte. Damit fühlten wir uns besser, und die Aufmerksamkeit der Ausschußmitglieder blieb größer. Die dritte Besonderheit bestand darin, dass wir während unseres Vortrags Dias von verschiedenen Mädchenaktivitäten einblendeten.

Wie so oft, wenn Mädchen- oder Frauenthemen öffentlich diskutiert werden, gingen die Wogen im JHA entlang unseren inhaltlichen Aussagen sofort hoch (selten eine so lebhaftige Stimmung im JHA!!). Erfreulich und positiv für uns war, dass von Grünen- und SPD-Politikern, aber auch von VertreterInnen der Träger, unsere Inhalte verteidigt und unsere Arbeit positiv gewürdigt wurde. Der erste Schritt in die Öffentlichkeit war damit vollzogen!



Das erste Halbjahr 1997 brauchten wir, um uns das Know-how über den § 78, über Jugendhilfeplanung (wobei wir das noch immer nicht richtig wissen, wie das in Mannheim gemacht wird!), über die spezifische Situation in Mannheim anzueignen und weitere BündnispartnerInnen und KritikerInnen auszumachen. Nach einer etwas hitzigen Diskussion in der Untergruppe „Politik“ - es gab zögernde und vorwärtstreibende Stimmen - beschlossen wir, die Antragstellung nach § 78 jetzt endlich anzugehen. Ein Gespräch mit dem Leiter des Stadtjugendamtes, der unserem Anliegen (zumindest verbal) sehr positiv gegenübersteht, ergab eine Anfrage an alle Träger, um deren Haltung zur parteilichen Mädchenarbeit und ihrer Delegation in eine zu gründende AG nach § 78. So weit sind wir also heute. Wir sind gespannt über die weitere Entwicklung!

Die Erarbeitung des Grundsatzpapiers und unsere Vorstellung im Jugendhilfeausschuß hat verschiedene Reaktionen ausgelöst, die unserer bisherigen Arbeit ein höheres Maß an Aufmerksamkeit und Anerkennung zollten. Die einzelnen Träger z.B. mußten sich - über die Entscheidung einer Unterschrift - mit der Thematik auseinandersetzen und neu zur Kenntnis nehmen, dass ihre Mitarbeiterinnen im AK inhaltliche Arbeit lei-

sten. Unser Grundsatzpapier und eine Stellungnahme zu Mädchen im Stadtteil wird im Kinderbericht der Stadt abgedruckt werden, und es gibt erste Kontakte zur und Unterstützung der Jugendhilfeplanung in Mannheim.

Gleichzeitig wurde uns auch klarer, dass alle Schritte, die wir planen, Zeit brauchen. Einmal deshalb, weil unsere Zeit für die Arbeit im AK begrenzt ist (schließlich haben wir alle in erster Linie andere Aufgaben), weil wir uns oft über das weitere Vorgehen unsicher sind und deshalb zögern und weil es auf allen Ebenen Widerstände geben kann, die wir zwar erwarten, in ihrer auftretenden Form aber nicht immer gleich erkennen und durchschauen können (Stichwort: männliche Seilschaften).

Als ganz entscheidend für die bisherige und die weitere erfolgreiche Arbeit des AK (und das nicht nur für den politischen Bereich!) war die Entscheidung für die Untergruppe „Politik“. Durch diese Struktur bleibt gewährleistet, dass die eigentliche Funktion des AK, die Unterstützung der Frauen in ihrem beruflichen Alltag durch Fortbildung, Vernetzung und gegenseitige Hilfe aufrechterhalten werden kann und gleichzeitig jede Mitgliedsfrau in den Prozess der kommunalpolitischen Einflußnahme eingebunden ist - ohne selbst darin aktiv werden zu müssen.

Eine weitere große Unterstützung im politischen Bereich war der Austausch von Erfahrungen mit den Stuttgarter Frauen, die schon länger kommunalpolitisch mitmischen. Und genau an diesem Punkt setzen unsere Erwartungen an die LAG Mädchenpolitik an: den Informations- und Erfahrungsaustausch auf Landesebene zu ermöglichen, das Know-how verschiedener AK's und Fachfrauen allen zugänglich zu machen und Fortbildungen über neue Entwicklungen in der Mädchenarbeit anzubieten.

#### **Beate Maas**

hauptamtliche Tätigkeit im Projekt Mannheim, seit vielen Jahren Mitglied im Arbeitskreis Parteiliche Mädchenarbeit, Lehrbeauftragte an der FH Mannheim und als Vertreterin der LAG Mädchenprojekte eine der sieben Sprecherinnen der LAG Mädchenpolitik.



## II. Grundlagen

Der im Art. 3 des GG formulierte Gleichheitsgrundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ spiegelt bis heute nicht die Wirklichkeit unserer Gesellschaft wider. Trotz einer zunehmenden Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die besonderen Lebenslagen von Mädchen und Frauen haben sich die grundsätzlichen gesellschaftlichen Strukturen nicht entscheidend verändert.

Strukturelle Gewalt prägt das Leben von Mädchen und Frauen. Ihr Alltag ist nach wie vor von einer von männlichen Denk- und Handlungsweisen orientierten Geschlechterhierarchie geprägt. Geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen sind dabei ein wesentliches Merkmal. Neben körperlicher und sexueller Gewalt gehört dazu auch die Vermarktung des weiblichen Körpers durch Medien und Werbung.

Bereits in der Kindheit wird durch die Weitergabe von traditionellen Rollenbildern eine Festlegung vorgenommen. Mädchen werden entmutigt und in der Entwicklung ihres Selbstbewußtsein behindert. Die Benachteiligung setzt sich in der Schule, im Freizeitbereich, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt fort.

Das Ziel der Koedukation, in der gemeinsamen Erziehung von Mädchen und Jungen die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten, wurde nicht erreicht. Die Praxis in Schule und Jugendhilfe orientiert sich nach wie vor an männlichen Strukturen und Inhalten. Dies fördert u.a. dominantes Verhalten von Jungen und benachteiligt Mädchen.

Mädchen und Frauen streben eine qualifizierte Berufsausbildung und Erwerbsarbeit an. Wie Jungen und Männer wollen auch sie beides - Beruf und Familie - vereinbaren. Im Gegensatz zu diesen müssen sie sich jedoch aufgrund der vorherrschenden geschlechtlichen Arbeitsteilung zeitweise für eines von beiden entscheiden, oder sie nehmen eine hohe Doppelbelastung in Kauf. Durch unzureichende gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind Mädchen bei ihrer Berufs- und Lebensplanung meist auf individuelle Lösungen angewiesen.

Erwerbsleben und Politik werden bestimmt durch traditionelle männliche Lebensplanung. Dies führt dazu, dass Frauen in Führungspositionen und vor allem auch in der Politik deutlich unterrepräsentiert sind. Konsequenzen sind u.a. Einschränkungen der Aufstiegs- und Karrierechancen von Frauen.

Der 6. Jugendbericht - angeregt durch die Theorie und Praxis der Frauenbewegung - faßte 1984 erstmals ausführlich und differenziert die Lebenssituation von Mädchen in verschiedenen gesellschaftlichen Sozialisations- und Handlungsfeldern zusammen. Dieser Bericht ist heute noch aktuell.

Im § 9 Abs. 3 des am 1.1.91 in Kraft getretenen Kinder- und Jugendhilfegesetzes wird aufgrund dieser Erkenntnisse die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen, der Abbau von Benachteiligung und die Förderung der Gleichberechtigung zu einem Grundsatz der Kinder- und Jugendhilfe erhoben. Auch die im Februar 1996 verabschiedete Änderung des Landesjugendhilfegesetzes verlangt im § 9a Abs. 7, daß die Leistungen der Jugendhilfe unterschiedliche Lebenszusammenhänge zu berücksichtigen und zum Abbau von Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beizutragen haben.

### Der Arbeitskreis

Zahlreiche Untersuchungs- und Forschungsarbeiten über die Benachteiligung von Mädchen und Frauen bestäti-

gen die von uns schon seit Jahren gemachten Erfahrungen. Der Wunsch nach Veränderung dieser Situation führte 1991 zum Zusammenschluß vieler mit Mädchen arbeitender Frauen in Mannheim in dem Arbeitskreis Parteiliche Mädchenarbeit. Neben der kontinuierlichen Fortbildung und Schulung seiner Mitarbeiterinnen hat der AK sich zur Aufgabe gemacht, den Abbau der Benachteiligung von Mädchen in Mannheim voranzutreiben. Dies erfordert, daß fachliche und strukturelle Standards zur Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfeplanung in Mannheim festgeschrieben und umgesetzt werden.

Unter parteilicher Mädchenarbeit verstehen wir:

- ♦ Freiräume zu schaffen, in denen Mädchen ihre Eigenständigkeit entwickeln, spüren und stärken können,
- ♦ das Selbstbewußtsein und die Selbstständigkeit von Mädchen und jungen Frauen zu stärken,
- ♦ die Konflikt- und Entscheidungsfähigkeit von Mädchen zu fördern,
- ♦ Mädchen dazu anzuregen, ihre eigene Situation als Ergebnis individueller und gesellschaftlicher Geschichte zu begreifen und kritisch zu hinterfragen,

- ♦ Mädchen zu ermuntern, über gängige Geschlechtsrollenbilder nachzudenken, sie in Frage zu stellen und eine eigene positive Geschlechtsidentität zu entwickeln,
- ♦ es Mädchen zu ermöglichen, unterschiedliche Frauenbilder und Lebensentwürfe kennenzulernen,
- ♦ Mädchen zu ermutigen und zu unterstützen, sich gegen männliche Dominanz und Abwertung zu behaupten,
- ♦ Mädchen zu befähigen, eine selbstbestimmte Sexualität zu entwickeln,
- ♦ Mädchen in ihren Bestrebungen nach beruflicher Qualifikation und ökonomischer Unabhängigkeit zu unterstützen.
- ♦ Mädchen zu befähigen, ihre Ansprüche in der Öffentlichkeit geltend zu machen.

Für uns als Pädagoginnen bedeutet das, dass wir die Mädchen in ihrer jeweiligen Situation ernstnehmen und uns in der konkreten Auseinandersetzung mit ihnen auf eine sowohl akzeptierende als auch konfrontierende Streitbarkeit einlassen. So können sich beide Seiten weiterentwickeln, und so können wir sinnvoll Vorbild sein.

### **Ziele des Arbeitskreises**

- ♦ Der AK dient dem regelmäßigen Austausch von Informationen, der Fortbildung seiner Mitarbeiterinnen und der Vernetzung von Mädchenarbeit in Mannheim.
- ♦ Er treibt die institutionelle Verankerung von Mädchenarbeit in allen Bereichen der Jugendarbeit voran. Dies benötigt:
  - die finanzielle Absicherung der bereits bestehenden Mädchenarbeit in Mannheim,
  - eine regelmäßige Bestandsaufnahme zur Situation von Mädchen und jungen Frauen in allen Bereichen der Jugendhilfe,
  - die Erarbeitung eines Mädchenförderplans für Mannheim.
- ♦ Der AK betreibt Öffentlichkeitsarbeit im Sinne gesellschaftlicher Bewußtseinsbildung.
- ♦ Er strebt an, als Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG in Mannheim anerkannt zu werden.

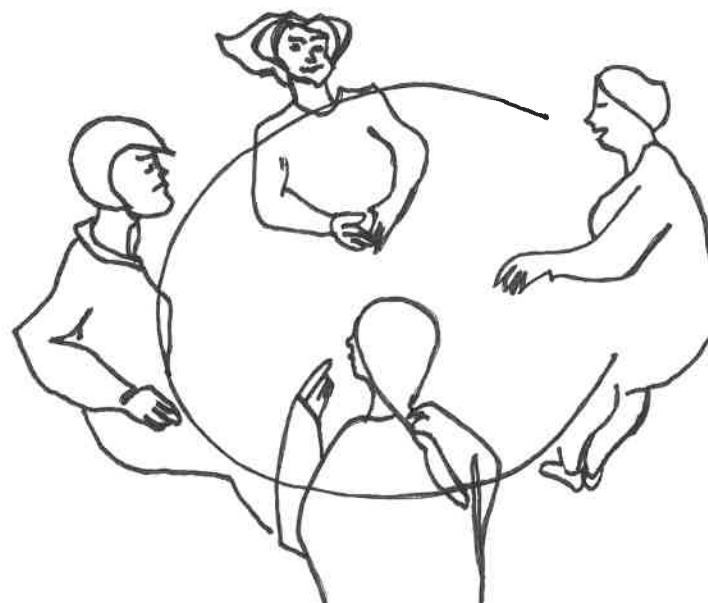
**Im Arbeitskreis sind 20 Institutionen vertreten. Das Grundsatzpapier wird getragen von:**

Evangelische Akademie Baden  
Evangelisches Kinder- und Jugendwerk  
Forum der Jugend / Stadtjugendring  
Mannheim e.V.  
Förderband e.V. / BDKJ  
Frauenhaus Mannheim  
Frauen und Mädchen Notruf e.V.  
In VIA Kath. Verband Mädchensozialarbeit  
Internationaler Mädchentreff / Stadtjugendring Mannheim e.V.  
Johann - Peter - Hebelheim  
Jugendarbeit Mobil / Jugendförderung  
Jugendhaus Waldpforte  
Kinderheim St. Josef  
Mädchenwerkstatt Mannheim  
Projekt Mannheim  
Pro Familia

Mannheim Juli 96

Herbst '96:  
Fachstelle Mädchenarbeit / Jugendförderung

**Kontaktadresse:  
Forum der Jugend - Sabine Grimberg,  
Neckarpromenade 46,  
68167 Mannheim,  
Tel.: 0621 - 293-7661**



Angela Blonski  
Natali Hartig

## Mädchen und Jungen

### Kleiner Unterschied - große Wirkung?

#### Bericht über die Tagung zur Geschlechtsdifferenzierung in der Jugendhilfe für Pforzheim und den Enzkreis am 28.2.1997

#### Entstehungsgeschichte

Im Zusammenhang mit einer Berichterstattung über die Arbeit des Lilith-Mädchentreffs im Jugendhilfeausschuß der Stadt Pforzheim beantragte ein Stadtrat, sich im Jugendhilfeausschuß einmal grundlegender mit dem Thema Mädchenarbeit auseinanderzusetzen. Diese Idee wurde aufgegriffen und sollte entsprechend den Vorstellungen des Sozialbürgermeisters in einer separaten Veranstaltung realisiert werden.

Von der Idee bis zur Verwirklichung verging allerdings geraume Zeit. Zwischenzeitlich wurde die Frage diskutiert, ob nun das Frauenbüro oder das Jugendamt verantwortlich für die Vorbereitung zeichnen sollte. Endlich - nach mehreren Nachfragen des Vereins Lilith - landete die Zuständigkeit bei der Jugendhilfeplanerin der Stadt Pforzheim. Diese veränderte die ursprüngliche Idee dahingehend, daß sie auch das Thema Jungen in der Jugendhilfe aufgreifen und ihren Kollegen im Enzkreis einbeziehen wollte. Letztlich wurde die Tagung veranstaltet von der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis unterstützt durch den Verein Lilith.

#### Zielsetzung und Konzept der Veranstaltung

Auszüge aus der Tagungsausschreibung::

"Jugendhilfe hat den Auftrag, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern

(§ 9.3 Kinder- und Jugendhilfegesetz)

Die Förderung der Gleichberechtigung braucht den Blick auf die Sozialisationsunterschiede von Jungen und Mädchen

Förderung der Gleichberechtigung kann nicht nur heißen, engagierten Pädagoginnen kleine Freiräume zur zusätzlichen Mädchenarbeit zu überlassen.

Förderung der Gleichberechtigung muß auch heißen, daß Jungen und Männer sich mit ihrer Geschlechtsrolle auseinandersetzen.

Welche Konsequenzen sich aus diesem Sachverhalt für alle Bereiche der Jugendhilfe ergeben, soll bei der Tagung erarbeitet werden."

Mit der Tagung sollte einerseits eine Einführung in die Themen Mädchen- und Jungenarbeit gegeben und andererseits die Möglichkeit zur Reflexion des eigenen Praxisbereiches unter dem Aspekt der Geschlechtsdifferenzierung geboten werden: Wie sieht unsere Praxis im Hinblick auf Mädchen und Jungen heute aus? Was sind für uns vorrangige Ziele in unserem Arbeitsfeld? Welche Schritte können konkret zur Zielerreichung führen?

Entsprechend diesen Vorstellungen wurde in der Planungsphase der Vorbereitungskreis mit am Thema erfahrenen Kolleginnen ergänzt: so nahmen neben der Jugendhilfeplanerin der Stadt Pforzheim, dem Jugendhilfeplaner des Enzkreises und einer Vertreterin des Vereins Lilith die Fachberaterin der städtischen Kindertagesstätten, die Jugenddamtsmitarbeiterin aus dem Bereich Jugendarbeit/Jugendschutz des Enzkreises sowie die für Stadt und Landkreis zuständige Koordinatorin für Suchtprophylaxe an Vorbereitungstreffen teil. Kritisch anzumerken ist, daß der städtische Arbeitskreis PRIMA (Pforzheimer Initiative für Mädchenarbeit) bei der Planungsphase nicht einbezogen wurde. Er hätte sich um eine Beteiligung bemühen müssen, was nicht geschehen ist.

Die Tagung begann mit zwei Einführungsreferaten im Plenum: "Mädchen, typisch Mädchen!" von Christa Stengelin und "Jungs sind eben so" von Rainer Neutzling. Diesen Referaten schlossen sich fünf Arbeitsgruppen zu den Bereichen Kindertagesstätten, Jugendtreffs und - freizeitstätten, Vereine/Verbände, Hilfen zur Erziehung und kommunale Jugendpolitik an. Die AGs wurden jeweils von einer weiblichen und einer männlichen Fachkraft gemeinsam moderiert. Dabei wurde da, wo es schon praktische Erfahrungen und theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema gab, auf Kolleginnen und Kollegen aus Pforzheim und dem Enzkreis zurückgegriffen.

### Fazit

Die Veranstaltung traf auf ein in dieser Höhe unerwartet großes Interesse von Fachkräften aus Pforzheim und dem Enzkreis. Insgesamt nahmen ca 150 Personen an dem Nachmittag teil. Dabei waren die Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse aus den Fraktionen eher spärlich vertreten.

Das Vorwissen zum Thema und die Erwartungen an die Veranstaltung waren sehr unterschiedlich.

Heiße Diskussionen - auch im Verein Lilith - gab es um die beiden Hauptreferate. Festhalten läßt sich im Nachhinein vor allem für eine breit angelegte Einführungsveranstaltung folgendes: Die thematische Einstimmung sollte möglichst auf zwei Ebenen ansetzen:

1. Um Fachkräfte zu bewegen, sich entsprechend ihrem Geschlecht spezifisch für Mädchen bzw. Jungen und deren Bedürfnisse einzusetzen, ist es von Vorteil, sich auch subjektiv als Frauen bzw. Männer anzusprechen. Anknüpfungspunkte und Identifizierungsmöglichkeiten im Hinblick auf die persönliche und berufliche Sozialisation können hier als Motivationsschub dienen und bieten eine gute Voraussetzung zur Auseinandersetzung mit der eigenen geschlechtlichen Identität.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Referat von Rainer Neutzling als ausgesprochen gelungen einzuschätzen.

2. Damit die Differenzierung nach dem Geschlecht in der Jugendhilfe nicht auf der Ebene der subjektiven Befindlichkeit (sowohl bei den Fachkräften als auch den AdressatInnen ihrer Arbeit) stehenbleibt, ist eine fundierte Kritik an patriarchalen Gesellschafts- und damit auch Machtstrukturen un-

umgänglich. Nur so kann die Notwendigkeit nach strukturellen Veränderungen verdeutlicht sowie der in § 9.3 KJHG geforderte Abbau von Benachteiligungen und die Förderung der Gleichberechtigung tatsächlich ins Auge gefaßt werden. Der diesbezügliche Auftrag der Jugendhilfe auf Einmischung kann unseres Erachtens direkt aus dem § 1.3 Satz 1 und 4 KJHG abgeleitet werden. Unter diesem Aspekt hat der Vortrag von Christa Stengel in wesentlich zur Klarheit beigetragen und damit entscheidende Weichen für die weitere Diskussion in Pforzheim und dem Enzkreis gestellt.

Ausgehend vom Ist-Stand in verschiedenen Bereichen der Jugendhilfe in Pforzheim und dem Enzkreis ist es u.E. mit der Tagung gelungen, die Notwendigkeit der Differenzierung von Jugendhilfeangeboten und deren Wirkung auf Mädchen und Jungen zu unterstreichen. In verschiedenen Arbeitsfeldern wurden Impulse für die Praxis gegeben. Noch während der Veranstaltung bildete sich für Pforzheim und den Enzkreis ein Arbeitskreis zur Jungenarbeit, der sich seither kontinuierlich trifft und viel Zuspruch von männlichen Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen der Jugendhilfe erhält.

Die zukünftige strukturelle Verankerung des Themas z.B. im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird sicherlich durch die interessierte Teilnahme der Jugendamtsleitungen und Sozialdezernenten sowie die große Resonanz auf die Verwaltung erleichtert. Trotzdem wird es auch künftig die Aufgabe von engagierten Frauen in der Jugendhilfe bleiben, die Lebenssituation von Mädchen und deren Interessen sichtbar zu machen und sich für adäquate Angebote für Mädchen einzusetzen.

Eine Fortführung der Fachdiskussion auch im Rahmen einer Folgeveranstaltung hält der Verein Lilith für erstrebenswert.

Die Tagungsdokumentation ist für DM 7,- zuzüglich Versandkosten erhältlich bei:

Lilith e.V.  
Salierstr. 24  
75177 Pforzheim

## Mädchenwelten! Märchenwelten?

Fachtagung zur Situation von Mädchen  
im Landkreis Ravensburg

28./29. April 1997

im Kloster Reute  
88339 Bad Waldsee



Fachtagung für Frauen

## MÄDCHENWELTEN! MÄRCHENWELTEN?

Eine Fachtagung für Frauen im Land-  
kreis Ravensburg - sich zusammen-  
finden in der Welt der Mädchenarbeit  
und kommunaler Jugendpolitik

Margarete Bareis, Gabie Rabus, Ger-  
trudis Schülle

### Entstehung

Seit Anfang der 90er Jahre trifft sich im  
Landkreis Ravensburg (und Bodensee-  
kreis) der Arbeitskreis Mädchenarbeit  
MÄK (früher Pädagoginnentreff) regel-  
mäßig alle zwei Monate. Die Fachfrauen  
aus den unterschiedlichsten Einrichtun-  
gen tauschen sich aus über Methoden,  
Schwierigkeiten, Unsicherheiten mit der  
Mädchenarbeit und haben bereits im  
Herbst 1995 eine methodische Fortbil-  
dung organisiert. Eine Untergruppe des  
Arbeitskreises organisierte 1995 in Ra-  
vensburg die erste Mädchenprojektwo-  
che, 1996 folgte eine zweite und 1997  
wurde ein Veranstaltungskalender für  
Mädchen herausgegeben. Im Zuge der  
Jugendhilfeplanung im Landkreis Ra-

vensburg (ab 1995) wurde die Mäd-  
chenarbeit zumindest für die Frauen, die  
in Planungsprozessen drin steckten,  
zum wichtigen Thema. Die Idee, eine  
AG nach §78 KJHG einzurichten, gei-  
sterte durch die Köpfe. Konkreter wurde  
dies im Juli 1996 bei einer vom Kreisju-  
gendring organisierten Fachtagung („Ich  
Jane - du Tarzan“) zur geschlechts-  
spezifischen Jugendarbeit. Eine Klein-  
gruppe formulierte hier deutlich, daß der  
fachliche Austausch über Inhalte und  
Methoden im MÄK ergänzt werden sollte  
durch politische Arbeit in den Gremien  
des Landkreises. Dies war im MÄK kon-  
sensfähig und im Herbst 1996 bildete  
sich ein Unterarbeitskreis aus 8 Fach-  
frauen mit dem Ziel, eine Tagung zum  
Thema Mädchenarbeit im Landkreis Ra-  
vensburg vorzubereiten, um eine brei-  
tere Basis zu erreichen. In vierzehntägi-  
gen Treffen verschoben wir unsere an-  
fängliche Priorität der Gründung einer  
AG nach § 78 KJHG als Tagungsziel.  
Wir wollten vorrangig die Vernetzung  
der in der Mädchenarbeit Tätigen errei-  
chen und die Frage stellen, was die  
Fachfrauen jetzt brauchen, was sie mit-  
telfristig wünschen, auch von der Politik.  
Wir wollten eine möglichst breite Basis  
der „Mädchenarbeiterinnen“ erreichen,  
bevor wir den Schritt in das institutio-  
nalisierte Gremium wagen wollten (auch

um eine Bestätigung für diese Richtung zu erhalten).

### **Die Fachtagung**

Wir entschlossen uns zu einer zweitägigen Veranstaltung mit einem Impulsreferat von Dr. Anita Heiliger zu „Knackpunkten in der Sozialisation von Mädchen heute in Stadt und Land“ und 7 themenspezifischen Arbeitsgruppen am ersten Tag. Das Spektrum reichte von Mädchenarbeit in Kindergarten, Schule, Stadt und Land über Sozialisation und Arbeit mit ausländischen Mädchen bis zum Thema Sexuelle Gewalt gegen Mädchen. Der zweite Tag stand nach einer Einführung in landesweite und regionale Mädchenförderung durch Claudia Daigler, regionalen Arbeitsgruppen zur Verfügung zum konkreten Austausch und zu Möglichkeiten der Vernetzung.

Die Planung und Organisation brauchte 7 Monate. Die Frauen leisteten diese Arbeit neben der inhaltlichen Arbeit an ihren Stellen. Margarete Bareis vom Kreisjugendring war die einzige, die mit ihrem Schwerpunkt Koordination und Unterstützung von Mädchenprojekten im Landkreis, Ressourcen frei hatte, für diese Tätigkeit. Die Fachtagung fand im April 1997 unter dem Titel

„Mädchenwelten! Märchenwelten?“ in einem Kloster im Landkreis statt. Finanziert wurde die Tagung aus den Teilnehmerinnenbeiträgen, vom Kreisjugendring, Landesjugendplan, unterstützt von der Frauenbeauftragten, den Abmangel übernahm der Landkreis.

Die Bandbreite der Veranstalterinnen und Organisatorinnen umfaßte Mitarbeiterinnen aus einer Jugendhilfeeinrichtung, Kreisjugendring, von Frauen helfen Frauen, der Psychologischen Beratungsstelle der Evangelischen Landeskirche, eine Studentin, die Kreisfrauenbeauftragte, die Jugendhilfeplanerin sowie eine ehrenamtliche Mitarbeiterin (früher Jugendamt, derzeit in der Erziehungszeit). Zwei Studentinnen (FB Sozialwesen) erstellten die Dokumentation als Praxisprojekt. Rein formal erfüllte diese Arbeitsgruppe die Voraussetzungen einer AG nach § 78 KJHG, ohne als solche offiziell zu existieren. Die Jugendhilfeplanerin sagte zu, die Ergebnisse der Tagung in die Planung mit einzubeziehen.

### **Mädchenarbeit und Politik**

Als Veranstalterinnen sehen wir die Notwendigkeit, den Belangen der Fachfrauen in der Mädchenarbeit in der Politik Gehör zu verschaffen und Raum zu

geben, um Zugang zu Finanzen und Ressourcen für die Mädchenarbeit zu bekommen und zu sichern, bzw. zu institutionalisieren. Dr. Anita Heiliger sprach und analysierte durch und durch politisch, sie plädierte für eine Politik der großen Schritte. Mit dieser Einstellung konnten sich viele Tagungsteilnehmerinnen, identifizieren. Ein Ergebnis lautete: „Dann machen wir uns auf den Marsch in die politischen Gremien ...“Erkenntnisse dieser Tagung waren u.a.: Wir neigen dazu, uns zu überfordern. Wir sehen, was wir alles tun könnten/sollten und können uns weniger an dem freuen, was wir schon geschafft/geschaffen haben. Diese Sichtweise führt zu Frustration und Konfusion.

### **Perspektiven**

Nie wieder oder gleich wieder? Den letzten Teil der Fachtagung im Plenum, wo es um den Umgang mit den gesammelten Ergebnissen ging, erlebten wir Veranstalterinnen als enttäuschend/frustrierend/ depressiv. Wir vermißten die progressive, vielleicht mitreißende Stimmung. Die Veranstalterinnen waren nach der Tagung erst mal fix und alle. Nach einem Monat bei der Auswertung waren ambivalente Gefühle vorherrschend und noch eine gewisse Erschöp-



fung spürbar. Erst beim Perspektivtreffen nach zwei Monaten war das seelische Gleichgewicht soweit wieder hergestellt, daß klare weitere Schritte plan- und umsetzbar wurden: „Wir wollen weitermachen, uns gibt es noch, auch über die Fachtagung hinaus.“ Diese Perspektive beschlossen die Veranstalterinnen noch vor den Sommerferien als Ergebnis aus dem gesamten Prozeß. Mittlerweile haben wir auch Zuwachs bekommen (neben dem kleinen Joshua von einer der beiden Studentinnen) auch noch 3 weitere interessierte Frauen aus dem MÄK.

#### **Unsere konkreten Ziele**

- die Ergebnisse im Jugendhilfeaus-schuß vorstellen,
- eine AG nach § 78 KJHG gründen, um unsere politische Arbeit sichtbar zu machen und Einfluß auf die Verteilung der Ressourcen zu bekommen
- uns dafür einsetzen, daß die momen-tane 25 % Stelle für Mädchenarbeit beim Kreisjugendring zu einer 50 % Stelle wird (wenn nicht gar 100 %)
- als kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit einen Rundbrief zum Thema Mäd-chenarbeit/-politik herausgeben.

#### **Zusammenarbeit mit der LAG Mäd-chenpolitik**

Die Erfahrungen der Zusammenarbeit mit Claudia Daigler als Vertreterin der LAG Mädchenpolitik waren sehr gut und wichtig für uns. Bereits in der Planungsphase stand sie uns als Beraterin mit ih-ren Erfahrungen als konkrete Person und in zahlreichen Telefongesprächen zur Verfügung. Die LAG hat sich für uns Organisatorinnen als Infoquelle und „Beratungsstelle“ für aktuelle Fragen erwiesen. Die Teilnahme von Claudia Daigler an der Tagung hat uns ermutigt. Sie war wichtig als teilnehmende Beob-achterin und hat den zweiten Tag mit-gestaltet und kommentiert.

**Gertrudis Schülle** arbeitet im Jugen-damt Programm Mutter und Kind, derzeit in der Erziehungszeit. Ihre Mitautorin **Gabie Rabus** ist Mitarbeiterin der Psych. Beratungsstelle der Evangeli-schen Landeskirche, **Margarete Bareis** ist beim Kreisjugend-ring u.a. mit Mäd-chenarbeit und Mädchenförderung be-traut und vor Ort "Anlauf- bzw. Koordi-nationsstelle".

Die Dokumentation zur Fachtagung kann bezogen werden bei:

Kreisjugendring  
Franz-Stapf-Str. 8  
88212 Ravensburg,  
Tel.: 0751 / 21081, Fax: 0751 / 21013

## Mädchen in den Jugendgemeinderäten

---



Renate Metzger

## JUGEND UND POLITIK :

### Jugendgemeinderäte in Baden - Württemberg.

#### Eine geschlechtsspezifische Betrachtung

#### I. Die öffentliche Debatte über das Verhältnis Jugendlicher zur Politik und die Idee des Jugendgemeinderats

Die öffentliche Debatte über das Verhältnis Jugendlicher zur Politik bzw. zum politischen System kreist seit geraumer Zeit um die Schlagworte "Parteien- und Politik(er)verdrossenheit". Nach einer Aufbruchphase in den späten sechziger bis Mitte der siebziger Jahre, in der die politische Beteiligungsbereitschaft junger Menschen sprunghaft zunahm, vor allem im außerparlamentarischen Bereich, wird derzeit diskutiert, daß sich eine andauernde Vertrauenskrise verbreitet. Diese äußert sich in einer gestiegenen Skepsis gegenüber Institutionen, Repräsentanten und zum Teil auch Verfahren der etablierten Politik. Verschiedene Symptome, die sich auf das etablierte politische System beziehen, verdeutlichen dies:

- Es macht sich eine wachsende Skepsis gegenüber dem Wählen als wichtigstes Element konventioneller repräsentativ-demokratischer Beteiligung breit, besonders bei jungen Frauen.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup>Vgl. Beate Hoecker: Politische Partizipation von Frauen; Opladen 1995, S. 43-60;

- Die zunehmende Kritik an den etablierten politischen Parteien hat innerhalb der letzten zehn bis fünfzehn Jahren zu einer Dekonzentration der WählerInnenstimmen geführt, d.h. der Trend zu kleinen Parteien wächst. Bei den "Grünen", die erstmals 1983 in den Bundestag gelangten, zeigt sich, daß sie den meisten Zuspruch von jungen Wählerinnen und Wählern erhalten<sup>8</sup>.

- Spätestens seit Anfang der achtziger Jahre lassen - vor allem bei jungen WählerInnen traditionelle Parteibindungen nach<sup>9</sup>. Nicht nur der Anteil der NichtwählerInnen, auch der der WechselwählerInnen ist im Anwachsen begriffen.

---

Vgl. Landeshauptstadt Hannover Wahlamt: Kommunalwahlen 1996. Wie wählen die 16-17jährigen? Das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht; agis Universität Hannover Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschungsanalyse

<sup>8</sup>vgl. Beate Hoecker, a.a.O.

<sup>9</sup>vgl. Wilhelm Heitmeyer, Kurt Möller, Gertrud Siller: Jugend und Politik. Chancen und Belastungen der Labilisierung politischer Orientierungssicherheiten; in: W.Heitmeyer, Th. Olk (Hrg.). Individualisierung von Jugend; Weinheim und München 1990, S. 115 ff.

Die "Verdrossenheit" bezüglich der etablierten Parteien beschränkt sich nicht nur auf Parteiorganisationen und deren RepräsentantInnen, sondern SozialwissenschaftlerInnen diagnostizieren auch eine wachsende Distanz zu gesellschaftlichen Institutionen im allgemeinen. Gründe dafür liegen u.a. in der fortschreitenden Institutionalisierung, in Tendenzen der Bürokratisierung, der Formalisierung der Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren. Als Erklärungsmuster werden u. a. folgende Veränderungen angeboten:

1. In allen postindustriellen Gesellschaften vollzieht sich gegenwärtig ein Wandel in den Wertorientierungen der Bevölkerung. Der Wertewandel äußert sich in der Abnahme traditioneller Wertorientierungen (Pflicht - und Akzeptanzwerte) zugunsten einer Zunahme nicht traditioneller Wertorientierungen (Selbstentfaltung, Hedonismus und Postmaterialismus). Dieser zentralen These aus der Wertewandelforschung ist das DJI im Jugendsurvey<sup>10</sup> mit der Fragestellung

---

<sup>10</sup>Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) von 1992 ist eine repräsentative Befragung deutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Alter von 16 bis 29 Jahren basierend auf Interviews mit 4 526 Befragten in den

nachgegangen: Welche Wertorientierungen begünstigen eine Öffentlichkeitswirkung und eine Bereitschaft zu politischem Engagement bei jungen Menschen? Dabei wurde auch der von Inghelhard entwickelte Postmaterialismus - Index aufgenommen. Dieser basiert auf einer Rangordnung von vier politischen Zielen, je zwei "materialistischen" ("Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande" und "Kampf gegen die steigenden Preise"), sowie zwei "post-materialistischen" ("mehr Einfluß der Bürgerinnen und Bürger auf Entscheidungen der Regierung" und "Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung"). Folgende Ergebnisse sollen hier besonders hervorgehoben werden: Eine Öffentlichkeitswirkung wird, unter Berücksichtigung der Wert- und Geschlechtsrollenorientierung, vor allem durch prosoziale und postmaterialistische Wertorientierungen (Verantwortung für andere übernehmen, anderen Menschen helfen, Rücksicht auf andere nehmen) unterstützt. An zweiter Stelle stehen in diesem Wirkungszu-

---

alten und 2 564 in den neuen Bundesländern mit den Schwerpunkten politische und gesellschaftliche Orientierungen.

sammenhang die Werte der Selbstentfaltung und nicht-traditionelle Vorstellungen zur Rolle der Frau.

2. Nach der Modernisierungstheorie des Soziologen Ulrich Beck ist der Strukturwandel der Jugendphase gekennzeichnet durch Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen, Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensstilen<sup>11</sup>.
3. Das Interesse und die subjektive Bedeutung von Politik für Jugendliche gilt im Vergleich zu unmittelbar erfahrbaren und gestaltbaren Lebensbereichen wie der Schule, der Berufswelt, der Familie, der Partnerschaft oder dem Freizeitbereich als relativ gering. Diese Einschätzung taucht im Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) bei der Frage nach der Beurteilung der Wichtigkeit von Lebensbereichen auf. Hier erhält Politik deutlich geringere Wichtigkeitswerte als fast alle anderen erfragten Bereiche. Diese Differenz ist am größten für die jüngeren

---

<sup>11</sup>Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne; Frankfurt am Main 1986

Altersgruppen der 16-19jährigen, ändert sich aber auch mit höherem Alter nicht wesentlich, während andere Bereiche mit zunehmenden Alter durchaus andere Prioritäten erfahren.<sup>12</sup>

4. Desweiteren zeigen verschiedene Studien, daß das gesellschaftliche Engagement, besonders bei Mädchen und Frauen stärker auf das engere soziale Umfeld und weniger stark auf alltagsfernes politisches Handeln hin orientiert ist.

Grundsätzlich jedoch stellt sich die Frage, ob nicht ein traditioneller, enger Politikbegriff, der sich primär an institutionalisierter Partei- und Regierungspolitik orientiert, bei der Bewertung des politischen Interesses zugrundegelegt wird. Die Phänomene einer Krise des Vertrauens in das Funktionieren des etablierten demokratisch-politischen Systems und einer daraus folgenden Distanz würden sich somit keineswegs mit einer gestiegenen Interesselosigkeit an politischen Dingen unter Jugendli-

---

<sup>12</sup>Martina Gille, Winfried Krüger, Johann de Rijke, Helmut Willems, Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung?; in "Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 3.Mai 1996, S. 5 f

chen begründen lassen. Im Gegenteil: es zeigt sich, daß sich unter Jugendlichen das Interesse an Politik offenbar in den vergangenen Jahrzehnten ausdifferenziert hat und daher auch konventionelle Formen der politischen Beteiligung wahrgenommen werden. Die Ursache dafür ist vor allem das gestiegene Bildungsniveau, aber auch die Zunahme medial vermittelter Politikthemen. Das gestiegene Bildungsniveau hat desweiteren eine zunehmend kritische Haltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den etablierten Formen der politischen Willensbildung sowie eine stärkere Neigung zur Nutzung direkter politischer Partizipationsformen begünstigt. Auch angesichts zukunftsbedrohender Probleme, die auf der einen Seite persönlich erlebt werden und auf der anderen Seite medial vermittelt werden, so z.B. anhaltende Arbeitslosigkeit, Zunahme der Umweltzerstörung, Zunahme des Gesundheitsrisikos infolge von Umweltverschmutzung, steigende Armut und Wirtschaftskrisen, zeigt sich eine deutliche Skepsis hinsichtlich politischer Lösungskompetenzen von PolitikerInnen<sup>13</sup>.

---

<sup>13</sup> Vgl. Klaus Hurrelmann, Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die Sozialwissenschaftliche Jugendforschung; Weinheim und München 1994

Nun wurde in Baden-Württemberg das Modell der Jugendgemeinderäte (JGR) als eine Chance erkannt, Mädchen und Jungen stärker an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Dies belegt eine stetige Zunahme dieser Gremien. So waren es Anfang 1993 12 Jugendgemeinderäte, Ende 1993 19, im Dezember 1995 39 und im Oktober 1996 43 Jugendgemeinderäte. Der Jugendgemeinderat stellt eine relativ stark verfasste Beteiligungsform für Jugendliche dar. Diese "relative Verfaßtheit" besteht aus einer Grund- oder Geschäftsordnung, die sich diese Gremien entweder selbst gegeben haben oder die vom Gemeinderat erlassen wurde. Sie sind jedoch rechtlich ohne großes Gewicht, weil die baden-württembergische Gemeindeordnung eine derartige Mitwirkung Jugendlicher (noch) nicht vorsieht.

KritikerInnen werfen diesem Modell vor, daß es sich dabei um eine traditionelle Partizipationsform handelt, die den veränderten Partizipationswünschen der Jugendlichen nicht entgegenzukommen scheint, und den Zugang nur für bildungsgewohnte Jugendliche ermöglicht. Ebenso stellt sich - geschlechtsspezifisch betrachtet - die Frage, ob diese Beteiligungsmöglichkeit für Mädchen und junge Frauen attraktiv erscheint, da Untersuchungen belegen, daß sich

Mädchen und Frauen stärker im unkonventionellen Bereich engagieren<sup>14</sup>.

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg/Fachreferat Außerschulische Jugendbildung, der Fachhochschule Esslingen Hochschule für Sozialwesen, mit fachlicher Unterstützung bei der Datenauswertung durch das Büro für Sozialforschung, Dr. Brauerhoch, Frankfurt am Main, sowie mit finanzieller Unterstützung des Breuninger Kollegs Stuttgart für die computergestützte Datenauswertung ergab eine Bestandsaufnahme von 1996 folgende Ergebnisse.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup>Vgl. Beate Hoecker, a.a.O.

<sup>15</sup>Den Ergebnissen liegt eine Vollerhebung zugrunde, d.h. es wurden 769 Fragebogen verschickt, welches der Gesamtmitgliederzahl der Jugendlichen im Jugendgemeinderat (Stand Juli 1996) entsprach. Der Rücklauf betrug 35,2% in: Renate Metzger, Politische Partizipation von Mädchen und jungen Frauen in den Jugendgemeinderäten Baden-Württembergs (Diplomarbeit Fachhochschule Esslingen Hochschule für Sozialwesen).

## II. Die Untersuchung

Die Altersgruppe der 15-17jährigen Jugendlichen bildet den Schwerpunkt der Aktiven in diesem Gremium. Das Verhältnis von Mädchen und Jungen, die im Jugendgemeinderat aktiv sind, beträgt 42% zu 58%, dabei zeigt sich, daß mit zunehmendem Alter die Mädchenquote rückläufig ist. Bei den Mädchen ist auch die Verweildauer im JGR kürzer als bei den Jungen.

Ebenso wie andere Jugendstudien bestätigen<sup>16</sup>, zeigt sich die Tendenz: je höher die formale Bildung, desto höher das politische Interesse der Jugendlichen bzw. die Bereitschaft zu politischen Engagement. So besuchen 61,8% der antwortenden Jugendlichen ein Gymnasium.

Ausgehend von der Fragestellung, welche Sozialisationsfunktion die Familie bezüglich des politischen Engagements der Mädchen und Jungen im JGR haben, weisen die Untersuchungsergebnisse auf die Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren hin. Es bestätigt sich, daß das hohe Bildungsniveau der Eltern zunächst eine wichtige Res-

---

<sup>16</sup> Vgl. Martina Gille, Winfried Krüger, Johann de Rijke, Helmut Willems, a.a.O.

source für den Zugang zu weiterführenden Schulen darstellt. Die Familiensituation der Befragten läßt auf eine traditionelle formale Konstellation schließen, so leben 83% der Jugendlichen mit beiden Elternteilen zusammen und 90,7% haben Geschwister. Diese formale Konstellation sagt jedoch nichts über die Qualität der Beziehungen aus.<sup>17</sup> Es erscheint interessant, der Hypothese nachzugehen, inwieweit Verantwortungsübernahme bzw. prosoziale Wertorientierungen, die zu einer stärkeren Öffentlichkeitsorientierung<sup>18</sup> führen, mit der Geschwisterkonstellation zusammenhängen.

Das politische Interesse der Eltern zeigt sich ebenfalls als sozialisationsrelevant. So sehen die Mädchen und Jungen ihre Eltern als politisch interessiert. Nach Angaben der Befragten haben nur 6,6% der Mütter und 4,1% der Väter kein Interesse an Politik. Als Informationsquel-

---

<sup>17</sup>vgl. W. Heitmeyer, Die gefährliche Zerstückelung von Zeit und Raum; in Frankfurter Rundschau, 26.9.96, S.16

<sup>18</sup> Vgl. Martina Gille, Wertorientierungen und Geschlechtsorientierungen im Wandel, in: Jugend und Demokratie. DJI Jugendsurvey 1, Hrg. von Ursula Hoffmann-Lange, Opladen 1995, S.116

len dienen am häufigsten audiovisuelle- und Print-Medien.

An erster Stelle der Motive für eine Kandidatur zum JGR steht für die Mädchen und Jungen sich "für die Interessen der Jugendlichen einzusetzen". Dies wurde am häufigsten genannt und als am wichtigsten bewertet. An zweiter Stelle werden die Motive "weil ich etwas bewegen möchte", "weil ich Lust hatte etwas zu tun, mich zu engagieren" und "um meine Meinung zu sagen" genannt, welches auf die Ähnlichkeit der Motive bezüglich des Engagements zurückzuführen ist. Als weiteres Motiv folgt "weil ich einen besseren Einblick in die Kommunalpolitik bekommen wollte".

Folgerichtig erscheint demnach auch die Tatsache, daß die Mädchen und Jungen als ihre Hauptaufgaben bei der Arbeit im Jugendgemeinderat am häufigsten benennen "dafür zu sorgen, daß die Interessen der Jugendlichen in der Gemeinde berücksichtigt werden" und dies zugleich auch am wichtigsten bewerten. Weitere Aufgaben sehen sie darin, "dafür zu sorgen, daß die Meinungen der Jugendlichen in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden", "Veranstaltungen für Jugendliche zu organisieren" und "andere Jugendliche motivieren, sich an der Kommunalpolitik zu beteiligen".

Die häufigst genannte Schwierigkeit besteht für die Jugendlichen darin "andere Jugendliche in die Arbeit einzu-beziehen". Nahezu gleich häufig sehen die Jugendlichen Schwierigkeiten darin, daß zu wenig Sitzungen des Jugendgemeinderats (in der Regel 4 Sitzungen im Jahr) stattfinden, in der geringen Akzeptanz von Seiten des Gemeinderats und darin, daß zu wenig Austauschmöglichkeiten mit anderen Jugendgemeinderäten bestehen. Desweiteren benennen Jugendgemeinderatsmitglieder Schwierigkeiten bezüglich zu wenig fachlicher Beratung/ Betreuung, wobei es sich dabei um Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten handelt, sowie zu wenig Aussprachemöglichkeiten bei Schwierigkeiten oder Problemen.

Die Studie zeigt die Tendenz einer Angleichung der Geschlechterrollen, im Sinne einer nicht traditionellen Vorstellung der Rolle der Frau. So sehen nur 2,6% der Befragten eine Diskriminierung von Mädchen gegenüber Jungen im JGR. Ebenso lehnen 95,8% der Mädchen und Jungen die Aussage "Politik ist Männersache" ab und 79,2% sprechen sich gegen eine Quotenregelung im JGR aus. Hier könnte die Vermutung naheliegen, daß die Partizipation von Mädchen im JGR nicht auf

Grundlage von "positiver Diskriminierung"<sup>19</sup> durch eine verbindliche Quotenregelung, sondern nach Interesse und Qualifikation der Mädchen stattfinden soll. Es zeigt sich jedoch, wenn eine Quote gewünscht wird, daß sich eher die Mädchen dafür aussprechen und in der Quotierung ein wirkungsvolles Instrument auf dem Weg zu politischer Gleichberechtigung sehen.

Bei den Aussagen über die Wirkung eines verstärkten Engagements von mehr Frauen in der Politik, läßt die Untersuchung erkennen, daß sowohl Mädchen und Jungen diese im Sinne einer Gleichberechtigung als notwendig erachten. Deutlich wird, daß Mädchen diese Gleichberechtigung im Sinne ihrer anderen Erkenntnisbasis interpretieren. So sehen Mädchen darin u.a., daß andere Ziele und Interessen im politischen Alltag aufgenommen und mehr Ausgewogenheit herrschen würde, wo hingegen Jungen die Gleichberechtigung eher im Sinne einer besseren Interessensvertretung von Mädchen und jungen Frauen interpretieren. Die Aussagen der Mädchen bestätigen die Argumentation von Beate Hoecker, wes-

---

<sup>19</sup>Vgl. Beate Hoecker, a.a.O., S. 104



halb es wünschenswert wäre, wenn sich mehr Mädchen und Frauen in der Politik engagieren würden. Diese Argumentation geht davon aus, daß Mädchen und Frauen aufgrund ihrer anderen Lebenssituation eine andere Erkenntnisbasis haben, die im politischen Prozeß ein wichtiges Potential darstellt<sup>20</sup>. Desweiteren zeigen die Aussagen der Mädchen, daß es sich dabei um mehr handeln würde, als das theoretische Prinzip der Gleichberechtigung. Die Mitwirkung würde auch Inhalt und Qualität der politischen Entscheidungen verändern. Auf Grundlage der Erkenntnisse der Studie tauchen folgende Fragen auf.

### III. Offene Fragen

Zunächst zeigt diese Studie ebenso wie andere Untersuchungen: je höher die formale Bildung, desto höher ist die Bereitschaft, sein politisches Interesse auch in traditionellen Partizipationsformen einzubringen. Als Konsequenz

---

<sup>20</sup>14 Vgl.ebd., a.a.O., S. 23

wäre zu fragen, wie kann der JGR für Jugendliche geöffnet werden, die eine geringere formale Bildung besitzen bzw. wie kann der Unterrepräsentanz bestimmter Gruppierungen entgegen gewirkt werden? Dazu gilt es zunächst, die positiven Ressourcen der hohen Engagementbereitschaft zu nutzen, sie dann aber auch stärker pädagogisch zu begleiten und ihnen Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten. Hier stellt sich die Frage nach der Verankerung in der städtischen Verwaltung. Dies scheint gerade auch aufgrund der Tatsache notwendig, da die Jugendlichen selbst es als Schwierigkeit betrachten, andere Jugendliche miteinzubeziehen. Als Anhaltspunkte könnten hier die Jungedgemeinderäte in Frankreich oder Österreich dienen, die wesentlich projektbezogener und stärker pädagogisch orientiert arbeiten als in Baden-Württemberg<sup>21</sup>.

---

<sup>21</sup> Diese Angaben beruhen auf einem Informationsaustausch bei der Tagung Jugendgemeinderäte in Europa vom 26. bis 29. September 1996 im Landtag von Baden-Württemberg. So werden in Frankreich die Jugendparlamente von PädagogInnen betreut, die bei den uns ähnlichen Kreisjugendringen ("Verein für Jugendarbeit") angestellt sind. In Österreich findet die Begleitung der Parlamente von Personen der Verwaltung mit pädagogischer Zusatzausbildung statt,

Trotz der positiven Entwicklung einer Angleichung der Geschlechterrollen und veränderter sozialstruktureller Einflußfaktoren, die eine Steigerung des weiblichen Partizipationspotentials bewirkt haben - auch bei den Mädchen im JGR, weist die Studie eine Abnahme der Mädchenquote und eine kürzere Verweildauer der Frauen im JGR auf. Dies verdeutlicht, daß bei der Frage nach der Gleichberechtigung Faktoren, wie die politische Kultur und Sozialisationsbedingungen mitberücksichtigt werden müssen. Soll Mädchen und jungen Frauen tatsächlich die Chance einer gleichberechtigten Partizipation gewährleistet werden, so muß auf gesellschaftlicher Ebene eine Reduzierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung stattfinden, auf der Ebene des politisch administrativen Systems Strukturveränderungen, die Mädchen und Frauen eine an eigenen Vorstellungen orientierten Politikgestaltung ermöglichen.

Als pädagogische Konsequenz bedeutet dies eine geschlechtsreflektierende Bildungsarbeit mit Mädchen und Jungen,

---

sowie auf Grundlage weit geringerer Formalisierung der Räte.



die eine ganzheitliche Persönlichkeitsentfaltung zugrunde legt. Es erscheint nicht ausreichend diese geschlechtsreflektierende Arbeit nur mit Mädchen durchzuführen, da im Sinne einer Gleichstellungspolitik eine Chancengleichheit auch aus Sichtweise bzw. vom Standort der Jungen und jungen Männer nähergekommen werden muß. Geschlechtsreflektierende Bildungsarbeit mit Jungen käme einer emanzipatorischen Bildungsarbeit "komplementär" entgegen, indem sie bei Jungen und Männern die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Geschlechter schafft. Daneben zeigt die Studie: soll Jugendlichen tatsächlich die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht werden, erscheint eine rechtliche Verankerung dieses Gremiums sinnvoll, zumal die aktiven Jugendlichen im Jugendgemeinderat es als Schwierigkeit betrachten, vom Gemeinderat nicht ausreichend akzeptiert zu werden. Dies bestätigen auch die Aussagen der Jugendlichen bezüglich einer Verankerung in der Gemeindeordnung. Sie sehen darin eine rechtliche Grundlage bzw. Basis für ihre Arbeit und mehr Akzeptanz und Anerkennung. Dies bedeutet, wenn Erwachsene die Anliegen der Jugendlichen tatsächlich ernstnehmen wollen, müssen

sie auch bereit sein, Einflüsse zuzulassen.

#### **IV. Sozialpädagogische Handlungsansätze**

Zur Bestimmung des Politikbegriffes, auf Grundlage dessen sozialpädagogische Handlungsansätze zu entwickeln sind, erscheint es sinnvoll, drei Dimensionen von Politik zugrunde zu legen:<sup>22</sup> die institutionelle Form, der prozessuale Verlauf und der normative Inhalt. Auf dieser Grundlage werden individuelle und gesellschaftliche Ebenen miteinander verbunden, d.h.:

- es können unterschiedliche Wahrnehmungen von Wirklichkeit aufgrund verschiedener Lebenszusammenhängen, die zu unterschiedlichen Formen und Inhalten politischen Denken und Handelns führen, verdeutlicht werden.
- Über das Erkennen und Aufdecken dieser Differenzen aber auch Gleichheiten, kann dies zu einem Hinterfra-

gen von Vorurteilen, zu einer Bereitschaft der Perspektiveübernahme und zu einer differenzierten Entscheidungsfähigkeit führen.

- Desweiteren ermöglicht dieses Verständnis eine "Ganzheitlichkeit" indem alle Kompetenzen von Menschen genutzt bzw. berücksichtigt werden.

Daraus lassen sich folgende Zielsetzungen für eine pädagogische Begleitung des Gremiums entwickeln:

- Kompetenzerweiterung, die für die sozialen Grundlagen und die weitere Entwicklung einer partizipativen Demokratie, für Problemlösungen, für die Austragung von Konflikten und den Zusammenhalt sowie den Solidaritätsbestand der Gesellschaft von Bedeutung sind.
- Unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten soll durch Ausdifferenzierung von vorhandenem Alltagswissen, also von Wahrnehmungs-, Reflexions- und Handlungsstrukturen, Geschlecht als soziale Kategorie mitberücksichtigt werden. Somit werden Sozialisationsprozesse und gesellschaftliche Machtverhältnisse bzw. Herrschaftsverhältnisse einbezogen, die das Alltagswissen und -handeln maßgeblich beeinflussen.

---

<sup>22</sup>Vgl. Klaus Peter Hufer, Politische Bildung in der Erwachsenenbildung; in: Handbuch politische Bildung, hrg. von Wolfgang Sander, Schwalbach/Ts. 1997

- Subjekterweiterung in dem Sinne, daß die Individuen festgefahrene Rollenmuster, Stereotypen, Klischees, Vorurteile und authentisch wirkenden Selbstbezug durch Kenntnisnahme anderer Perspektiven überprüfen und gegebenenfalls in Frage stellen. Konkretisiert bedeutet dies, daß nötige Kenntnisse über Wirkungszusammenhänge von Geschlechtstereotypen erworben werden sollen.

Wesentlich ist jedoch, daß die Perspektive der Geschlechterpolarität allein zur Verdeutlichung struktureller Verankerungen gesellschaftlicher und sozialer Probleme zu nutzen ist. Sie dient als kritisches Analyseinstrument um Geschlechtsstereotypen aufzudecken, in Frage zu stellen und ggf. als einengende Strukturen bei der Persönlichkeitsentfaltung zu kritisieren. Geschlecht dient als Kategorie für Kritik am Bestehenden, nicht aber der Beschreibung von Individuen. So sind Geschlechtsdifferenzen auf personaler und gesellschaftlicher Ebene im Kontext ihrer Entstehungsbedingungen zu zeigen<sup>23</sup>.

---

<sup>23</sup>Vgl. Dagmar Richter, Geschlechtsspezifische Zusammenhänge politischen Lernens, in: Handbuch politische Bildung, hrsg. von Wolfgang Sander, Schwalbach/Ts. 1997

Lern- und Lehrprozesse sind aus diesem Grund geschlechtsspezifisch zu differenzieren, denn es kann weder darum gehen, die einen an die anderen anzupassen, noch darum, sie auf eine scheinbare Geschlechtsneutralität zu verpflichten. Es geht statt dessen darum, im Sinne einer Erweiterung von Interessen und Kompetenzen, Erkenntnisprozesse zu initiieren. Dies bedeutet Differenzierungen im kognitiven und emotionalen Bereich bei der Auseinandersetzung bzw. Bearbeitung von Themen sowie eine Differenzierung auf handelnder Ebene. Desweiteren erscheint es notwendig sich mit gruppendynamischen Prozessen intensiver auseinanderzusetzen. Die Ausdifferenzierung von Wahrnehmungs- und Reflexionsstrukturen sowie die Ausbildung von Urteils- Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit verlangen nach Methoden, die selbstgesteuertes Lernen ermöglichen. Selbststeuerung wird in diesem Zusammenhang nicht primär als individueller Lernprozeß verstanden, sondern als sozialer Lernprozeß der in der Gruppe stattfindet und durch ein hohes Maß an Kooperation und Kommunikation gekennzeichnet ist. Die mit die-

sem Lernprinzip angestrebten Schlüsselqualifikationen gelten als unabdingbare Voraussetzung für Motivation, Zufriedenheit und Innovationsfähigkeit. Folgende Methodenkonzepte erscheinen sinnvoll: Moderationsmethode, Zukunftswerkstatt, Projektmethode, Interaktions- und Rollenspiele, Aktionsforschung, Feature, Videospot. Diese aktivierenden Methoden unterstützen eine geschlechtsreflektierende Arbeit, da die subjektive Betroffenheit Ausgangspunkt des Lehr- und Kommunikationsprozesses ist und sie die Möglichkeiten bieten, intuitiv-emotional und rational-analytisch zu arbeiten. Sie verdeutlichen unterschiedliche Sichtweisen oder Gemeinsamkeiten ohne zu werten, und ermöglichen, diese in ihrem jeweiligen Lebenszusammenhang zu sehen, aufzunehmen und weiterzuentwickeln.

**Renate Metzger** ist Jugendreferentin beim Stadtjugendring Esslingen, zuständig für den Bereich Jugendpolitik.

**DIE**

**LAG MÄDCHENPOLITIK**

**IM ÜBERBLICK**

---

## Berichte aus der fachpolitischen Gremienarbeit der LAG Mädchenpolitik

---

Die LAG Mädchenpolitik versteht sich als arbeitsfeld- und trägerübergreifende Vertretung der Mädchenarbeit im Land Baden-Württemberg. Neben fortlaufenden Gesprächen mit dem Sozialministerium / Abtl. Frauen, VertreterInnen verschiedener Landtagsfraktionen, dem Landesfrauenrat etc. arbeiten einzelne Sprecherinnen in verschiedenen Gremien auf Landesebene mit bzw. sind in diese Gremien berufen.

Anja Wilser, Gabi Kircher und Ingrid Scholz erläutern diese Gremien und die Arbeit, die darin geleistet wird.

Anja Wilser

### Der Beirat für soziale Jugendhilfe

Das im Jahre 1996 in Baden-Württemberg verabschiedete Landesausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht in seinem § 8 die Berufung von Beiräten zur Beratung der Obersten Landesjugendbehörden (derzeit Sozial- und Kultusministerium) vor. Dies sind zum einen

- das Landeskuratorium für außerschulische Jugendarbeit, das als Beirat für das Kultusministerium für die Fragen der Jugendbildung zuständig ist, und zum anderen
- der Beirat für soziale Jugendhilfe, der die Landesregierung in Fragen der sozialen Jugendhilfe beraten soll.

Diesem Beirat gehören laut Gesetzestext an:

- je drei Mitglieder zur Vertretung der Jugendämter und der Kommunalen Landesverbände,
- zwei Mitglieder zur Vertretung der Landesjugendämter,
- drei Mitglieder zur Vertretung der Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege,
- ein Mitglied zur Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk,
- ein Mitglied zur Vertretung der Aktion Jugendschutz,
- ein Mitglied zur Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung,
- ein Mitglied zur Vertretung des Landesjugendrings,
- ein Mitglied zur Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten,

- eine Vertreterin einer Landesarbeitsgemeinschaft der Mädchenarbeit, die vom Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst vorgeschlagen wird, sowie
- die/der SozialministerIn als VorsitzendeR, (als StellvertreterIn der/die MinisterIn für Frauen, Familie usw. - entfällt jetzt), außerdem je ein Mitglied des Innen-, Kultus- Justiz-, Sozialministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum.

Auffällig an der Zusammensetzung des Beirats ist der persönliche Vorsitz des Ministers - was einerseits die Bedeutung betont, andererseits die Sacharbeit aber wegen Terminproblemen erschwert.

Daß im Gesetzestext die Vertretung einer Landesarbeitsgemeinschaft zur Mädchenarbeit verankert ist, ist als Erfolg jahrelanger Bemühungen in der Zusammenarbeit bzw. Öffentlichkeitsarbeit in den Ministerien zu werten.

### **Wie sieht die Arbeit nun aber konkret aus?**

Bislang hat der Beirat für soziale Jugendhilfe genau einmal getagt. Im März 1997 trat er zu seiner konstituierenden Sitzung im Sozialministerium unter

Vorsitz von Minister Dr. Vetter zusammen. Nachdem monatelang nach Veröffentlichung des Gesetzes nichts passiert war, mußte der schließlich anberaumte Termin noch einmal verschoben werden, da der Minister verhindert war. Die nächste Sitzung wird im November stattfinden. D.h. der Beirat wird sich maximal zweimal jährlich treffen.

Entlang der vorab bekanntgegebenen Tagesordnung verlief die Sitzung sehr strukturiert, dabei stark auf den Vorsitzenden bezogen. Zu jedem TOP gab es nach dem jeweiligen Sachbericht eine Aussprache.

Zunächst nahm der Minister zur Haushaltslage Stellung und betonte, daß trotz drastischer Sparmaßnahmen der Landesregierung nur vergleichsweise geringe Einsparungen in seinem Ressort gemacht werden müssen. Planungssicherheit könne aber nicht gewährleistet werden, was einige Beiratsmitglieder in der Aussprache kritisch zur Kenntnis nahmen. Prävention vor allem zu den Themen Drogen, Gewalt und Straßenkinder ist aus der Sicht des Sozialministeriums ein wichtiges Thema. U.a. aus diesem Grund wird die Förderung mobiler Jugendarbeit als Schwerpunkt angesehen.

Die Wichtigkeit des Themas Jugendarbeitslosigkeit wird in mehreren Beiträgen betont. Von ministerieller Seite kann

außer der Sicherstellung des Programms Jugend-Arbeit-Zukunft keine Zusage gemacht werden. Sinnvoll erscheint hinsichtlich dieses Themas eine interministerielle Zusammenarbeit.

Ferner wird im Beirat für wichtig erachtet, über die Haushaltsaufstellung und den Haushaltsvollzug zu diskutieren, um hierbei inhaltliche Schwerpunkte deutlich zu machen.

Im nächsten TOP wird über das Konzept "Kreisbezogene Hilfesysteme für mißhandelte Kinder" berichtet, das in der Aussprache mehrheitlich begrüßt wird. Angemahnt wird mehr Öffentlichkeitsarbeit, die Verbesserung von Niedrigschwelligkeit und Vernetzung.

Der TOP Landesjugendbericht gibt Aufschluß darüber, daß ein solcher Bericht, der einmal pro Legislaturperiode vorgelegt werden muß, auf der Grundlage der Jugendhilfeplanungen vorbereitet wird. Der Beirat wünscht sich, im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Erstellung beteiligt zu werden. Es wird allerdings vor einem "aussagelosen Wälzer" gewarnt, stattdessen sollten Sachthemen aufgegriffen werden.

Schwerpunktthema der nächsten Sitzung ist Jugendberufshilfe. Zur Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Die Beteiligung am Beirat für soziale Jugendhilfe ist aus mädchenpolitischer Sicht eindeutig als Erfolg zu werten. Die Sichtbarmachung mädchenpolitischer Zusammenschlüsse, die Möglichkeit, mädchenspezifische Themen einzubringen bzw. die jeweiligen Fragestellungen auf ihre mädchenspezifische Relevanz zu prüfen, ist ein notwendiger, wenngleich sehr mühsamer Schritt. Zu einer wirkungsvolleren Mitarbeit in diesem Gremium wäre mehr Hintergrundkenntnisse vonnöten, an die wir aber nur schwer herankommen. So bedeutet es bislang, sich auf einen mehr oder weniger unbekanntem Prozeß und seine Spielregeln einzulassen bzw. sie herauszufinden und nach und nach Nischen und Ecken zu erkunden, die wir für unsere Arbeit und die Interessen der Mädchen nutzbar machen können.

Gabi Kircher  
**Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung**

---

Seit November 96 tagte das Kuratorium dreimal.

Das Landeskuratorium berät die Landesregierung in Fragen der außerschulischen Jugendbildung. Es fördert deren Entwicklung durch Vorschläge, Empfehlungen und Gutachten auf diesem Gebiet und trägt zur Koordinierung und Kooperation innerhalb der außerschulischen Jugendbildung bei.

Das LKaJB setzt sich aus 30 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen, die folgende Bereiche vertreten:

Landesweite Jugendverbände, LJR BW e.V., AGJF BW e.v., Landeswohlfahrtsverbände Württemberg und Baden, LIGA der freien Wohlfahrtspflege, Städtetag BW, Musikschulen, Kunst- und Kultureinrichtungen, Landkreistag BW, Landeszentrale für politische Bildung, Aktion Jugendschutz, Fachfrau aus dem Bereich Wissenschaft/ Forschung, LAG Mädchenpolitik BW.

Schwerpunktthemen sind:

Jugend und Arbeit; Jugendarbeit und Schule; Jugendinformation; Jugend und Medien; Jugendbericht / Jugendenquête; Partizipation.

Ingrid Scholz  
**Enquetekommission des Landtages Baden-Württemberg  
"Jugend - Arbeit - Zukunft"**

---

Der Landtag hat mit seiner 29. Sitzung am 19. Juni 1997 beschlossen, eine Enquetekommission "Jugend-Arbeit-Zukunft" einzusetzen, mit dem Auftrag "für junge Menschen im Alter von 12-27 Jahren unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede zu untersuchen".

Diese Enquetekommission, die auf Antrag der SPD-Fraktion eingesetzt wurde, ist die logische Folge der Kinderenquête in der letzten Legislaturperiode. Der Sinn einer Enquete ist, daß die Abgeordneten sich unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten zu bestimmten Themenkomplexen oder Fragestellungen informieren und Konsequenzen für das Land, Kommunen und freie Träger und sonstiges formulieren können. Neben Abgeordneten aus den verschiedenen Fraktionen (Anzahl entsprechend den Sitzverhältnissen der Fraktionen im Landtag) gehören der Enquete beratende Sachverständige an. Fünf Sachverständige konnten von CDU und FDP/DVP vorgeschlagen werden und

vier von der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen.

Das Forum Kinder- und Jugendpolitik, ein Zusammenschluß freier Träger um Jugendpolitik in Baden-Württemberg mitzugestalten, ist mit zwei Sachverständigen-Sitze in der Kommission vertreten.

- für die offene und verbandliche Jugendarbeit ist berufen: Peter Thomas, Landesjugendring, Stellvertreterin ist Petra Pfendtner (AGJF),
- für die Jugendsozialarbeit und Erziehungshilfe berufen: Barbara Stanger (Caritasverband, Baden), Stellvertreter Ulrich Fellmeth (Diakonisches Werk Württemberg).

Petra Pfendtner und Barbara Stanger sind uns als engagierte Vertreterinnen und Fachfrauen der Mädchenarbeit vertraut und ich denke, dass unsere Anliegen durch beide Kolleginnen gut vertreten sind.

Ferner arbeiten Regina Steinkemper und ich im Forum mit und vertreten dort neben den Verbandsinteressen des DPWV und der Diakonie auch die LAG-Interessen. Anja Wilser arbeitet in der Begleitgruppe zur Enquete-Kommission, einer Untergruppe des Forums.

Als inhaltliche Schwerpunkte bzw. Fragestellungen der Enquetekommission wurden festgelegt:

- \* Die Lebenslage junger Menschen in Baden-Württemberg
- \* Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf
- \* Chancen junger Menschen zur Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Baden-Württemberg.

Die Themen werden zum einen über Einreichung, Bearbeitung und Diskussion von Anträgen bearbeitet, zum anderen finden Anhörungen statt, zu denen Expertinnen und Expertinnen eingeladen werden. Diese Anhörungen sind in der Regel öffentlich. d.h., jede interessierte Fachfrau kann daran teilnehmen.

Weitere Fragen, Informationen oder auch Anregungen können über die Geschäftsstelle der LAG koordiniert werden.

## **Hinweis: REGIONALE ZUSAMMEN- ARBEIT**

Kolleginnen aus Regionen mit entwicklungsbedürftiger Infrastruktur für Mädchenarbeit, können die (Geschäftsstelle der) LAG Mädchenpolitik für Unterstützung bei Planung und Durchführung regionaler Aktivitäten nutzen. Hier ein konkretes Beispiel:

---

### **MÄDCHENARBEIT ÜBER ALLE GRENZEN HINWEG !?**

#### **Ansatzpunkte, Perspektiven, Strategien**

Fachtagung für Pädagoginnen aus allen Feldern der Jugendhilfe  
am 15.10. 97, 9.30h-17h  
im Familienzentrum , Offenburg

veranstaltet von den Mädchenarbeitskreisen der Landkreise Ortenau, Breisgau - Hochschwarzwald, Rastatt , Emmendingen in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Baden-Württemberg

Mädchenarbeit bedeutet in der Regel eigene Angebote für Mädchen. Mädchenarbeit als Querschnittsaufgabe bedeutet aber auch, innerhalb von jedem Angebot das Augenmerk auf die Bedürfnisse von Mädchen zu richten und damit Kontrapunkte zu einer häufig an den (lautstarken) Bedürfnisäußerungen von Jungen orientierte Jugendhilfe zu setzen.

Das erfordert von Pädagoginnen eine Parteilichkeit, ein viel strapaziertes Wort, das lange Zeit immer wieder mißverstanden wurde, als einfaches "immer für die Mädchen-sein", egal was sie tun. Parteilichkeit meint aber, Mädchen zu verstehen in ihren Handlungen, in ihren, oft ambivalenten und damit vermeintlich unklaren, Wünschen - in der Strukturiertheit ihrer Lebenslagen. Das, was uns Mädchen zeigen, ist immer schon ein Versuch, mit den Anforderungen, die an sie gestellt werden, zurechtzukommen.

Oft schauen wir als Pädagoginnen neidisch auf die Strukturen und Projekte, die für Mädchen in Städten wie Stuttgart vorhanden sind. Mädchenarbeit im ländlichen Raum muß sich mit anderen Gesetzmäßigkeiten auseinandersetzen. Sie lebt stark von ehrenamtlichem Engagement, von der Eigeninitiative von jugendlichen Mädchen, von der Arbeit in

den Vereinen und in der kirchlichen Jugendarbeit u.v.m. Mädchenarbeit auf dem Land und die dazugehörigen Pädagoginnen haben ihre ganz eigenen Stärken - und ihre spezifischen Probleme.

Mit der Tagung wollen wir ein Experiment wagen und uns über die Landkreisgrenzen hinaus zusammenschließen.

Auf der Tagung wollen wir

- uns austauschen über den Stand der Mädchenarbeit in den einzelnen Einrichtungen und Landkreisen
- uns gezielter vernetzen,
- Methoden in der Mädchenarbeit kennenlernen,
- Wege der Verankerung von Mädchenarbeit in der Einrichtung und Konzeption zusammentragen,
- Informationen sammeln über Einmischungsformen in die Jugendhilfeplanung,
- uns kundig machen über landesweite Mädchenpolitik und landesweite Unterstützungsstrukturen.



## Programm

9.45h Begrüßung / Claudia Mündel

10h-12h

Claudia Daigler / Anja Wilser  
LAG Mädchenpolitik BW  
Lebenslagen von Mädchen  
heute, Ansätze von Mädchenar-  
beit, und mädchenpolitische Ge-  
staltungsmöglichkeiten

12h Mittagessen

13h Mädchenarbeit in Hülle und Fülle  
Infotische zur Mädchenarbeit in  
der Region und Möglichkeiten  
des Austausches

13.30-15.45h

Arbeitsgruppen

- AG1: Uschi Kiesgen/ Claudia Wüllner  
Methoden in der Mädchenarbeit
- AG2: Claudia Mündel / Anja Wilser  
Mädchenarbeit und Jugendhilfe-  
planung, Möglichkeiten kommu-  
nalpolitischer Einmischung
- AG3: Claudia Daigler/ Barbara Reek  
Wie läßt sich Mädchenarbeit  
konzeptionell in meiner Einrich-  
tung festschreiben? Wege und  
Hindernisse

15.45h Kaffee

16h Schlußplenum

Entwicklung von Perspektiven für  
die weitere Arbeit

17h Ende

**Informationen und Tagungsdoku-  
mentationen sind über das Land-  
ratsamt Ortenau / Claudia Mündel  
(Tel. 0781/ 805-472) erhältlich.**

# Mitgliedserklärung

Hiermit beantrage ich/ beantragen wir  
die Aufnahme als Mitglied in die

## Landesarbeitsgemein- schaft Mädchenpolitik Baden-Württemberg.

Geschäftsstelle:  
Lerchenstr. 54  
70176 Stuttgart

Ich trete bei/ wir treten bei

- als Einzelperson.
- als entsandte Delegierte meines Trägers/ meiner Einrichtung.
- als Träger/ Einrichtung und entsenden namentlich eine Delegierte.
- als Fachgruppe eines Trägers/ eines Verbandes und entsenden namentlich eine Delegierte.
- als trägerübergreifender, landesweiter, regionaler o. kommunaler Zusammenschluß und entsenden namentlich eine Delegierte.

\_\_\_\_\_  
Name von Einrichtung/ Träger/ Fach-  
gruppe/ Zusammenschluß bzw. Einzel-  
person

Frau \_\_\_\_\_  
Delegierte (bitte Anschrift, wenn abwei-  
chend von oben)

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Tel.nr. evtl. Fax.nr.

Den Mitgliedsbeitrag von DM 100,-- ent-  
richte ich / entrichten wir für das Jahr  
1997 gegen Rechnung.

\_\_\_\_\_  
Ort und Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

# Mitglieder der LAG Mädchenpolitik Ba- den-Württemberg

Stand 9/97 (48 Mitglieder)

---

- Arbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik der Stadt Stuttgart / Anja Wilser
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. - Frauenkommission / Astrid Suerkemper
- Arbeitskreis Arbeit mit Mädchen in Esslingen / Frauenbüro/ Renate Bock
- Arbeitskreis Mädchenarbeit im Landkreis Böblingen / B. Kayser
- Arbeitskreis Mädchenarbeit Ravensburg, c/o Kreisjugendring/ Margarete Bareis
- Arbeitskreis Mädchen und Frauen Offene Jugendarbeit Stadt Ulm / Carmen Uetz
- Arbeitskreis Mädchenarbeit Enzkreis/ Landratsamt Enzkreis - Eve Ochs
- Arbeitskreis Parteiliche Mädchenarbeit Mannheim / Beate Maas
- Arbeitskreis Nürtingen / Susanne Käppler
- Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Ortenau e.V. / Heike Gummich, Offenburg
- Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern / Kathrin Bierer, Bad Waldsee
- SAFRAN / Caritasverband der Erzdiözese Rottenburg- Stuttgart / Luzia Köberlein, Sindelfingen
- Diakonisches Werk Württemberg, Abtl. Jugendhilfe / Ingrid Scholz
- DPWW Landesverband BW, Referat Frauen / Regina Steinkemper
- Fach-Arbeitskreis Mädchenarbeit Freiburg / Tina Leder
- Fach-Arbeitskreis Mädchenarbeit Tübingen / Ulrike Sammet
- Fach-Arbeitskreis Tübinger Jugendhäuser - Stadt Tübingen/ Abtl. Jugend/ Ulrike Reimann
- Fachhochschule Esslingen, Die Frauenbeauftragte / Birgit Meyer
- Feuervogel e.V. / Viola Schubert, Balingen
- Flotte Lotte/ Reutlingen / Heike Kauschinger
- Frauen helfen Frauen Stuttgart e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) BW, Landesfachgruppe Frauen / Christa Stengelin
- Ulrike Haas, Eislingen
- IN VIA Mädchentreff / Ilona Rauschkopf, Stuttgart
- Jugendpflege Denzlingen, AK Mädchen / Hilde Bauer
- Jugendpflege Mössingen / Ann-Marie Kaiser
- Kinder- und Jugendbüro Schramberg/ Krystyna Saurer
- Kreisjugendring Ostalb e.V., AK Mädchenarbeit / Dorothea Kalmbach, Aalen

- Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten Baden-Württemberg / Stadt Böblingen, Frau Baur
- Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenprojekte Baden-Württemberg / Barbara Stanger
- Landesjugendring BW e.V. / Sibylle Steegmüller
- Lilith- Mädchentreff / Andrea Clauß, Pforzheim
- Mädchenwerkstatt Mannheim / Beate Maas
- Margaretenheim d. Ev.Gesellschaft Stuttgart
- Margaretenheim Konstanz / Mädchenwohngemeinschaft
- Monika Schmitz, Heilbronn
- Netzwerk Mädchenarbeit, Landratsamt Ortenaukreis / Sia Funke/ C. Mündel, Offenburg
- Pädagoginnentreff Kirchheim-Teck / Uta Hohenberger
- Pfadfinderinnenschaft St. Georg / Adeline Schach, Wernau
- Pforzheimer Initiative für Mädchenarbeit (PRIMA) / Natali Hartig, Pforzheim
- Projekt Mannheim
- Psychologische Beratungsstelle der ev. Landeskirche/ Gabie Rabus, Ravensburg
- Stadt Waghäusel, Jugendzentrum Teestube / Monika Firnkens
- Stadtjugendring Pforzheim e.V. / Frau Schöler
- Stuttgarter Jugendhaus e.V. / Gabi Kircher
- Theodor Rothschild - Haus / Carmen Buchheim, Esslingen
- Trägerverein Mädchengesundheitsladen e.v. / Klaudia Böger, Stuttgart
- Verein für Internationale Jugendarbeit e.V. / Hanne Braun, Stuttgart

# MATERIALIEN LITERATUR

---

## MÄDCHEN AUF DER STRASSE

### ■ Konzeption MÄDCHENARBEIT der Mobilen Ju- gendarbeit Stuttgart

Das Frauenteam der Mobilen Jugendarbeit Stuttgart hat eine schön gestaltete Broschüre mit o.g. Titel herausgegeben. In ihr stellen sie ihre Arbeit und Forderungen, die sich daraus ableiten vor.

"Mit diesem Positionspapier wollen wir zum einen den Stellenwert und die Inhalte der Mädchenarbeit bei der Mobilen Jugendarbeit Stuttgart be- und festschreiben, im Sinne der vom Gemeinderat der Stadt Stuttgart beschlossenen Grundsätze und Leitlinien für Mädchenarbeit in Stuttgart.

Zum anderen wollen wir uns selbst eine Diskussionsgrundlage für die Zukunft schaffen und eine grundlegende Darstellung für die Öffentlichkeitsarbeit erhalten" (ebd., S. 2)

Die Broschüre kann angefordert werden bei:

Ev. Gesellschaft

Büchsenstr. 34/36, 70174 Stuttgart,  
Tel. 0711 / 2054-252, Fax: 2054 - 220  
oder

Caritasverband

Fangelsbachstr. 19 a, 70180 Stuttgart  
Tel. 0711/ 6409439, Fax: 607 54 89

### ■ Martina Bodenmüller Auf der Straße leben: Mädchen und junge Frauen ohne Wohnung Münster 1995 ISBN 3-8258-2668-6 29,80 DM

"Auf der Straße leben" heißt, in einer existentiellen Notlage zu sein. Alltägliche Dinge wie Essen, Schlafen oder Duschen fehlen und müssen mühsam organisiert werden, oft durch illegale Praktiken. Für Mädchen und junge Frauen bedeutet dies gleichzeitig, der

Stigmatisierung und Diskriminierung als "Straßenmädchen" ausgesetzt zu sein - von seiten der Szene, durch Passanten, aber auch durch die Jugendhilfe. Dennoch scheint das Straßenleben immer noch erträglicher zu sein als das, was die Mädchen und jungen Frauen in ihren Familien oder Heimen vorher erlebt haben. Und auch die Angebote der Jugend- und Wohnungslosenhilfe bieten anscheinend oft nicht das "Zuhause", was die Mädchen und Frauen suchen - warum sonst ziehen sie die Schlafplätze bei Bekannten oder in Parks immer wieder den betreuten Angeboten vor?

Martina Bodenmüller hat im Rahmen ihrer Diplomarbeit Mädchen und junge Frauen befragt, die auf der Straße leben. In lebensgeschichtlichen Interviews erzählen sie von ihrem Alltag, ihrem Leben, ihren Erfahrungen, Wünschen und Hoffnungen. Aus der Auswertung leitet sie Ansätze für pädagogisches Handeln ab, das an den Bedürfnissen der Mädchen und jungen Frauen ansetzt und ihrer Lebenswelt gerecht wird.

Martina Bodenmüller arbeitet als Streetworkerin in Münster.

# VORANKÜNDIGUNG

---

## RUNDBRIEF I / 98

Schwerpunktthema:

### ZWEI SCHRITTE NACH VORN UND EINER ZURÜCK ?

**Fachliche und politische Standortbestimmung in der Debatte um das Verhältnis von Mädchenarbeit und Geschlechterdifferenzierung**

In der Ausgabe I /98 veröffentlichen wir Referate, Diskussionen und Ergebnisse der Fachtagung vom 23. / 24.10.97 in Bad Urach. Darüberhinaus sind wir, wie immer, an Einsendungen zur laufenden Arbeit vor Ort, Tagungs- und Fortbildungsankündigungen, Literaturhinweise etc. interessiert.

**Einsendeschluß: 27.2. 1998**